

Bericht

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß)
gemäß § 96 der Geschäftsordnung

1. zu dem Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.
– Drucksachen 13/7480, 13/8022, 13/8023 –

2. zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
– Drucksachen 13/7917, 13/8022, 13/8023 –

Entwurf eines Steuerreformgesetzes 1999

Bericht der Abgeordneten Karl Diller, Oswald Metzger, Peter Jacoby und Dr. Wolfgang Weng (Gerlingen)

Mit den Gesetzentwürfen ist beabsichtigt, die Petersberger Reformvorschläge der Steuerreform-Kommission vom 22. Januar 1997 mit dem Ziel zu verwirklichen, die steuerlichen Rahmenbedingungen für Investitionen und Arbeitsplätze in Deutschland zu verbessern, die Steuerzahler von der zu hohen Steuer- und Abgabenbelastung zu entlasten sowie ein gerechtes und für Bürger, Wirtschaft und Verwaltung transparenteres Steuerrecht zu verwirklichen.

Die Gesetzentwürfe sehen hierzu die Neufassung bzw. Änderung folgender Gesetze vor:

Artikel 1	Einkommensteuergesetz
Artikel 2	Einkommensteuer-Durchführungsverordnung
Artikel 3	Aufhebung der Lohnsteuer-Durchführungsverordnung
Artikel 4	Änderung des Körperschaftsteuergesetzes
Artikel 5	Änderung des Gesetzes über die Steuerberechtigung und die Zerlegung bei der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer

Artikel 6	Änderung des Solidaritätszuschlaggesetzes
Artikel 7	Änderung des Umwandlungssteuergesetzes
Artikel 8	Änderung des Gesetzes über steuerliche Maßnahmen bei Erhöhung des Nennkapitals aus Gesellschaftsmitteln
Artikel 9	Änderung des Umsatzsteuergesetzes
Artikel 10	Änderung der Umsatzsteuer-Durchführungsverordnung
Artikel 11	Änderung des Gewerbesteuergesetzes
Artikel 12	Änderung der Gewerbesteuer-Durchführungsverordnung
Artikel 13	Änderung der Abgabenordnung
Artikel 14	Änderung des Einführungsgesetzes zur Abgabenordnung
Artikel 15	Änderung der Verordnung über die gesonderte Feststellung von Besteuerungsgrundlagen nach § 180 Abs. 2 der Abgabenordnung
Artikel 16	Änderung des Außensteuergesetzes

- Artikel 17 Änderung des Gesetzes über Kapitalanlagegesellschaften
- Artikel 18 Änderung des Auslandsinvestment-Gesetzes
- Artikel 19 Änderung des Steuerberatungsgesetzes
- Artikel 20 Änderung des Gesetzes über Bergmannsprämien
- Artikel 21 Änderung des Bundeskindergeldgesetzes
- Artikel 22 Änderung der Kindergeldauszahlungsverordnung
- Artikel 23 Änderung des Gesetzes zum Ausgleich von Auswirkungen besonderer Schadensereignisse in der Forstwirtschaft
- Artikel 24 Änderung des Gemeindefinanzreformgesetzes
- Artikel 25 Änderung des Finanzverwaltungsgesetzes
- Artikel 26 Neufassung der betroffenen Gesetze und Rechtsverordnungen, Rückkehr zum einheitlichen Verordnungsrang
- Artikel 27 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Die Gesetzentwürfe werden in den Rechnungsjahren 1998 bis 2001 zu den folgenden finanziellen Auswirkungen führen:

Gebietskörperschaft	Steuermehr-(+) / Steuermindereinnahmen (-) in Mio. DM in den Rechnungsjahren			
	1998	1999	2000	2001
Bund	-	-26 452	-24 838	-24 897
Länder	-	-23 579	-22 130	-22 081
Gemeinden	-	- 7 090	- 6 186	- 5 917
Insgesamt ..	-	-57 121	-53 154	-52 895

Der federführende Finanzausschuß hat zu den Gesetzentwürfen im wesentlichen die folgenden Änderungen beschlossen:

- Verringerung des Freibetrags für Land- und Forstwirte von 2 000 DM/4 000 DM auf 1 300 DM/2 600 DM anstelle des Wegfalls dieser Steuervergünstigung.
- Verringerung der Steuerermäßigung bis 2 000 DM bei Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft für die Jahre 1999 und 2000 auf höchstens 1 000 DM anstelle der Abschaffung dieser Steuervergünstigung, danach vollständiger Wegfall der Regelung.
- Verzicht auf die Besteuerung der Hälfte der Lohnersatzleistungen und Beibehaltung der Einbeziehung dieser Leistungen in den Progressionsvorbehalt.
- Beibehaltung der Steuerfreiheit solcher Leistungen nach dem Entwicklungshelfer-Gesetz, die dem Grunde nach Aufwendungsersatz darstellen.
- Beibehaltung der Steuerfreiheit von Versorgungsbezügen, die aufgrund gesetzlicher Vorschriften an Wehrdienstbeschädigte, Zivildienstbeschädigte oder ihre Hinterbliebenen gezahlt werden.
- Besteuerung der Auslandszuschläge im öffentlichen Dienst mit 20 v. H. anstelle der Aufhebung der Steuerfreiheit dieser Zuschläge; Beibehaltung der Steuerbefreiung nicht nur des Kaufkraftausgleichs, des Mietzuschusses und der Schulbeihilfen, sondern auch der Reisebeihilfen und außerdem der Auslandsverwendungszuschläge für Soldaten der Bundeswehr.
- Halbierung der Freibeträge von bis zu 36 000 DM bei Abfindungen an Arbeitnehmer bei Einführung einer Auslaufgrenze für die Freibeträge bei Abfindungen ab 50 000 DM anstelle der uneingeschränkten Aufhebung dieser Freibeträge.
- Übergangsregelung bei der Aufhebung der teilweisen Steuerfreiheit der Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtzuschläge in der Weise, daß bei den
 - Zuschlägen für die Arbeit in der Kernnachtzeit von 0 bis 4 Uhr die besonderen Begünstigungen ab 1999 wegfallen,
 - Zuschlägen für Sonntagsarbeit, die derzeit bis zu 50 v. H. des Grundlohns steuerfrei sind, in den Jahren 1999 und 2000 bis zu 40 v. H. und in den Jahren 2001 und 2002 bis zu 20 v. H. steuerfrei bleiben und ab dem Jahr 2003 die volle Steuerpflicht eintritt,
 - Zuschlägen für Feiertagsarbeit, die derzeit bis zu 125 v. H. des Grundlohns steuerfrei sind, in den Jahren 1999 und 2000 bis zu 100 v. H. und in den Jahren 2001 und 2002 bis zu 50 v. H. steuerfrei bleiben und ab dem Jahr 2003 die volle Steuerpflicht eintritt,
 - Zuschlägen für Nachtarbeit, die derzeit bis zu 25 v. H. des Grundlohns steuerfrei sind, in den Jahren 1999 und 2000 bis zu 20 v. H. und in den Jahren 2001 und 2002 bis zu 10 v. H. steuerfrei bleiben und ab dem Jahr 2003 die volle Steuerpflicht eintritt.
- Einbeziehung des Gewinns aus der Veräußerung von Aufwuchs auf Grund und Boden in die Übertragungsmöglichkeit stiller Reserven nach § 21 EStG-E.
- Anhebung der linearen Abschreibung bei Mietwohnungsneubauten von 2 v. H. auf 3 v. H.
- Anwendung der Steuervergünstigungen für Baudenkmale bei Baudenkmalen, die älter als 50 Jahre sind, anstelle der Voraussetzung, daß die Baudenkmale vor 1914 fertiggestellt worden sind.
- Ausdehnung des Anwendungsbereichs der Gewinnermittlung nach Durchschnittssätzen in der Land- und Forstwirtschaft auf Betriebe bis 20 ha statt 16 ha und auf Betriebe bis zu 50 Vieheinheiten unter Berücksichtigung von bei der Bodenschätzung niedrig bewerteten Böden.
- Beschränkung der Halbierung des Versorgungs-Freibetrags von derzeit 6 000 DM auf höhere Versorgungsbezüge in einer Weise, daß die Halbierung erst bei Versorgungsbezügen ab 39 000 DM voll wirksam wird.

- Besteuerung der Renten aus der landwirtschaftlichen Alterskasse nur mit 30 v. H.
 - Verlängerung der Spekulationsfrist bei der Veräußerung privater Immobilien von 2 Jahren auf 5 Jahre statt auf 10 Jahre, Herausnahme des selbstgenutzten Wohneigentums aus der Besteuerung privater Veräußerungsgewinne.
 - Bei nach dem 31. Dezember 1998 abgeschlossenen Lebensversicherungen Heraufsetzung der Mindestvertragsdauer von 12 auf 18 Jahre und Einführung eines Mindestalters von 60 Jahren (bei Beibehaltung einer Mindestvertragsdauer von 12 Jahren) bei Fälligkeit der Versicherung (außer bei Eintritt des Versicherungsfalls) als Voraussetzungen für den Sonderausgabenabzug der Versicherungsbeiträge und die Steuerfreiheit der Zinsen aus Kapitallebensversicherungen.
 - Verzicht auf die Einführung einer Abgeltungssteuer von 10 v. H. auf Erträge aus Kapitallebensversicherungen, statt dessen Einbeziehung des Risiko- und Verwaltungskostenanteils von Prämien zu Lebensversicherungen mit Ausnahme von Rentenversicherungen ohne Kapitalwahlrecht in die Versicherungsteuer in Höhe von 3 v. H. der gesamten Prämie ab 1999, bei reinen Risikoversicherungen in Höhe von 15 v. H. der Prämie.
 - Pauschale Gewinnermittlung in der deutschen Seeschifffahrt durch Einführung einer Tonnagebesteuerung.
 - Einführung einer pauschalen Lohnsteuerermäßigung zugunsten der Reeder bei einer Tätigkeit von Seeleuten von mehr als 183 Tagen auf deutschen Handelsschiffen.
 - Streichung der Sechsmonatsfrist für die rückwirkende Zahlung von Kindergeld.
 - Übergangsregelung bei der Verteilung von Erhaltungsaufwendungen bei Wohngebäuden sowie Baudenkmalen und Gebäuden in Sanierungs- und Entwicklungsgebieten.
 - Berücksichtigung der bisher erteilten Freistellungsaufträge in halber Höhe als Folge der Halbierung des Sparer-Freibetrags.
 - Schaffung der Voraussetzung dafür, daß auch die Anteilscheininhaber an Investmentfonds bei sog. Spekulationsgeschäften die Freigrenze von 1000 DM in Anspruch nehmen können.
 - Weitgehende Begünstigung der Einkünfte aus Forstwirtschaft über Kalamitätsnutzungen und außerordentliche Nutzungen hinaus durch Beibehaltung der bisherigen steuerlichen Zuordnung der Festkosten und der Begünstigungen bei Einschlagsbeschränkungen (§ 5 Forstschäden-Ausgleichsgesetz).
 - Verteilung der außerordentlichen Einkünfte auf 7 statt auf 5 Jahre; Einbeziehung außerordentlicher Holznutzungen in diese Verteilungsregelung.
 - Beibehaltung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes für Kunstgegenstände und Sammlungsstücke.
 - Erhöhung der Gewerbesteuerumlage als Folge der finanziellen Auswirkung des Steuerreformgesetzes 1999.
 - Einbeziehung der Bergmannsprämie in die Sozialversicherungspflicht.
- Der Entwurf eines Steuerreformgesetzes 1999 in der vom Finanzausschuß empfohlenen Fassung führt zu den folgenden finanziellen Auswirkungen:

	Gebietskörperschaften	Steuermehr-(+) / Steuermindereinnahmen (-) in Mio. DM in den Rechnungsjahren			
		1998	1999	2000	2001
Finanzielle Auswirkungen der Steuerreform insgesamt:	Bund	- 731	-20 601	-19 252	-20 911
	Länder	- 494	-20 015	-18 852	-20 035
	Gemeinden .	-	- 4 325	- 3 265	- 4 054
	Insgesamt ...	-1 225	-44 941	-41 369	-45 000
Änderungen bereits durch Steuerreformgesetz 1998:	Bund	- 731	+ 2 236	+ 1 049	- 1 326
	Länder	- 494	+ 2 885	+ 1 956	+ 61
	Gemeinden .	-	+ 2 763	+ 2 532	+ 1 175
	Insgesamt ...	-1 225	+ 7 884	+ 5 537	- 90
Noch verbleibende Auswirkungen für Steuerreformgesetz 1999:	Bund	-	-22 837	-20 301	-19 585
	Länder	-	-22 900	-20 808	-20 096
	Gemeinden .	-	- 7 088	- 5 797	- 5 229
	Insgesamt ...	-	-52 825	-46 906	-44 910

Eine detaillierte Übersicht über die finanziellen Auswirkungen gibt folgende Aufstellung:

Finanzielle Auswirkungen des Steuerreformgesetzes 1999
mit Berücksichtigung der Beschlüsse des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages
[Steuermehr-(+)/-mindereinnahmen (-) in Mio. DM]

Lfd. Nr.	Maßnahme	Steuerart/ Gebiets- körper- schaft	Ent- stehungs- jahr ¹⁾	Rechnungsjahr ²⁾			
				1998	1999	2000	2001
	A. Maßnahmen zur Entlastung						
1	Einkommensteuertarif	Insg.	-69 000	-1 860	-69 330	-70 850	-76 180
	bisher:	LSt	-51 700	-	-54 700	-61 900	-64 200
	§ 32 a und § 32 c EStG	ESt	-13 900	-1 760	-11 230	- 5 470	- 8 220
	(neue Systematik:	SolZ	- 3 400	- 100	- 3 400	- 3 480	- 3 760
	§ 58 und § 60 EStG 99)						
	Neugestaltung des Einkommen- steuertarifs ab 1. Januar 1999 mit	Bund	-31 281	- 848	-31 421	-32 113	-34 539
	Grundfreibetrag 13 014 DM/	LSt	-21 973	-	-23 248	-26 308	-27 285
	26 028 DM (Grund-/Splitting- tabelle), untere Proportionalzone	ESt	- 5 908	- 748	- 4 773	- 2 325	- 3 494
	bis 18 035 DM/36 071 DM mit	SolZ	- 3 400	- 100	- 3 400	- 3 480	- 3 760
	Grenzsteuersatz 15 v. H., Pro- gressionszone bis 90 017 DM/	Länder	-27 881	- 748	-28 021	-28 633	-30 779
	180 035 DM mit linear-progressi- vem Tarifverlauf von 22,5 v. H. bis	LSt	-21 973	-	-23 248	-26 308	-27 285
	39 v. H., obere Proportionalzone	ESt	- 5 908	- 748	- 4 773	- 2 325	- 3 494
	mit Höchststeuersatz 39 v. H.,	Gem.	- 9 838	- 264	- 9 888	-10 104	-10 862
	35 v. H. Höchststeuersatz für	LSt	- 7 754	-	- 8 204	- 9 284	- 9 630
	gewerbliche Einkünfte über	ESt	- 2 084	- 264	- 1 684	- 820	- 1 232
	72 575 DM/145 151 DM; ab						
	1. Januar 1998 Senkung des						
	Höchstsatzes für gewerbliche						
	Einkünfte von 47 v. H. auf 40 v. H.						
	Änderungen bereits durch Steuerreformgesetz 1998:	Insg.	- 2 320	-1 860	- 2 560	- 3 460	- 4 020
		Bund	- 1 055	- 848	- 1 163	- 1 574	- 1 829
		Länder	- 935	- 748	- 1 033	- 1 394	- 1 619
Gem.		- 330	- 264	- 364	- 492	- 572	
Noch verbleibende Auswirkungen für Steuerreformgesetz 1999:	Insg.	-66 680	-	-66 770	-67 390	-72 160	
	Bund	-30 226	-	-30 258	-30 539	-32 710	
	Länder	-26 946	-	-26 988	-27 239	-29 160	
	Gem.	- 9 508	-	- 9 524	- 9 612	-10 290	

Anmerkungen:

¹⁾ Auswirkungen im Veranlagungszeitraum 1999.

²⁾ Kassenmäßige Auswirkungen der Rechtsänderungen.

³⁾ Pos. 2, Pos. 21, Pos. 22, Pos. 35 bis Pos. 42 und Pos. 93:

Die durch das Steuerreformgesetz 1998 vorgesehene Erhöhung des Vervielfältigers für die allgemeine Gewerbesteuer-Umlage (Pos. 98) wurde in der Aufteilung des Gewerbesteueraufkommens auf Bund, Länder und Gemeinden berücksichtigt.

⁴⁾ Pos. 8 bis Pos. 91:

Bei den finanziellen Auswirkungen der Maßnahmen zur Verbreiterung der Bemessungsgrundlage wurden die Tarifsenkungen bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer berücksichtigt.

⁵⁾ Pos. 37:

Die degressive Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter wird im Rahmen der Reform der Unternehmensbesteuerung von 30 v. H. auf 25 v. H. abgesenkt.

⁶⁾ Pos. 38 und Pos. 70:

Der Ansatz für das Entstehungsjahr entspricht dem vierfachen Betrag des ersten Veranlagungszeitraumes. Die finanziellen Auswirkungen der Abschaffung der degressiven Abschreibung für Wohngebäude im Betriebsvermögen sind in Pos. 38 berücksichtigt. In der Pos. 70 sind somit nur die finanziellen Auswirkungen für die Wohngebäude im Privatvermögen enthalten.

⁷⁾ Pos. 90:

Die finanziellen Auswirkungen wurden bei der Bezifferung der übrigen Maßnahmen berücksichtigt.

⁸⁾ Pos. 98 und Pos. 99:

Die finanziellen Auswirkungen der Reform der Unternehmensbesteuerung wurden berücksichtigt.

⁹⁾ Pos. 104:

Das Defizit soll durch Umschichtung von direkten zu indirekten Steuern verringert werden.

Lfd. Nr.	Maßnahme	Steuerart/ Gebiets- körperschaft	Ent- stehungs- jahr ¹⁾	Rechnungsjahr ²⁾			
				1998	1999	2000	2001
2	bisher: § 40 a EStG (neue Systematik: § 91 EStG 99) Senkung der pauschalen Lohn- steuer für kurzfristig Beschäftigte von 25 v. H. auf 20 v. H.	Insg.	- 32	-	- 39	- 35	- 32
		GewSt ³⁾	+ 5	-	+ 4	+ 4	+ 5
		LSt	- 50	-	- 53	- 58	- 58
		ESt	+ 10	-	+ 8	+ 17	+ 18
		KSt	+ 5	-	+ 4	+ 4	+ 5
		SolZ	- 2	-	- 2	- 2	- 2
		Bund	- 16	-	- 20	- 18	- 16
		GewSt ³⁾	-	-	-	-	-
		LSt	- 21	-	- 23	- 25	- 25
		ESt	+ 4	-	+ 3	+ 7	+ 8
		KSt	+ 3	-	+ 2	+ 2	+ 3
		SolZ	- 2	-	- 2	- 2	- 2
		Länder	- 14	-	- 17	- 15	- 14
		GewSt ³⁾	+ 1	-	+ 1	+ 1	+ 1
		LSt	- 21	-	- 23	- 25	- 25
		ESt	+ 4	-	+ 3	+ 7	+ 8
		KSt	+ 2	-	+ 2	+ 2	+ 2
		Gem.	- 2	-	- 2	- 2	- 2
		GewSt ³⁾	+ 4	-	+ 3	+ 3	+ 4
		LSt	- 8	-	- 7	- 8	- 8
		ESt	+ 2	-	+ 2	+ 3	+ 2
3	Körperschaftsteuersätze § 23 Abs. 1 und 2 KStG Senkung der Körperschaftsteuer- sätze für einbehaltene Gewinne von 45 v. H. auf 35 v. H., für den ermäßigten Steuersatz von 42 v. H. auf 32 v. H. ab 1. Januar 1999; ab 1. Januar 1998 Senkung der Körperschaftsteuersätze für ein- behaltene Gewinne von 45 v. H. auf 40 v. H., für den ermäßigten Steuersatz von 42 v. H. auf 37 v. H.	Insg.	-7 021	-2 732	-5 739	-6 594	-7 501
		ESt	- 85	-	-	- 30	- 70
		KSt	-6 855	-2 590	-5 575	-6 505	-7 340
		KapSt	+ 285	-	+ 135	+ 285	+ 300
		SolZ	- 366	- 142	- 299	- 344	- 391
		Bund	-3 687	-1 437	-3 019	-3 467	-3 941
		ESt	- 36	-	-	- 13	- 30
		KSt	-3 428	-1 295	-2 788	-3 253	-3 670
		KapSt	+ 143	-	+ 68	+ 143	+ 150
		SolZ	- 366	- 142	- 299	- 344	- 391
		Länder	-3 321	-1 295	-2 720	-3 123	-3 550
		ESt	- 36	-	-	- 13	- 30
		KSt	-3 427	-1 295	-2 787	-3 252	-3 670
		KapSt	+ 142	-	+ 67	+ 142	+ 150
		Gem.	- 13	-	-	- 4	- 10
		ESt	- 13	-	-	- 4	- 10
		Insg.	-3 350	-2 732	-2 896	-3 587	-3 766
		Bund	-1 759	-1 437	-1 523	-1 885	-1 979
		Länder	-1 585	-1 295	-1 373	-1 698	-1 782
		Gem.	- 6	-	-	- 4	- 5
		Insg.	-3 671	-	-2 843	-3 007	-3 735
		Bund	-1 928	-	-1 496	-1 582	-1 962
		Länder	-1 736	-	-1 347	-1 425	-1 768
		Gem.	- 7	-	-	-	- 5

Lfd. Nr.	Maßnahme	Steuerart/ Gebiets- körper- schaft	Ent- stehungs- jahr ¹⁾	Rechnungsjahr ²⁾			
				1998	1999	2000	2001
4	§ 27 Abs. 1 KStG Ab 1. Januar 1999 Senkung der Körperschaftsteuersätze für ausgeschüttete Gewinne von 30 v. H. auf 25 v. H.; ab 1. Januar 1998 Senkung der Körperschaftsteuersätze für ausgeschüttete Gewinne von 30 v. H. auf 28 v. H.	Insg.	-1 730	-1 150	-3 060	-2 775	-2 147
		ESt	+ 925	-	+ 70	+ 430	+ 875
		KSt	-3 180	-1 295	-3 545	-3 705	-3 585
		KapSt	+ 615	+ 205	+ 575	+ 645	+ 675
		SolZ	- 90	- 60	- 160	- 145	- 112
		Bund	- 979	- 605	-1 615	-1 492	-1 195
		ESt	+ 393	-	+ 30	+ 183	+ 372
		KSt	-1 590	- 648	-1 773	-1 853	-1 793
		KapSt	+ 308	+ 103	+ 288	+ 323	+ 338
		SolZ	- 90	- 60	- 160	- 145	- 112
		Länder	- 890	- 545	-1 455	-1 347	-1 083
		ESt	+ 393	-	+ 30	+ 183	+ 372
		KSt	-1 590	- 647	-1 772	-1 852	-1 792
		KapSt	+ 307	+ 102	+ 287	+ 322	+ 337
		Gem.					
		ESt	+ 139	-	+ 10	+ 64	+ 131
	Änderungen bereits durch Steuerreformgesetz 1998:	Insg.	- 649	-1 150	-1 208	- 828	- 807
		Bund	- 368	- 605	- 641	- 460	- 452
		Länder	- 333	- 545	- 577	- 416	- 411
		Gem.	+ 52	-	+ 10	+ 48	+ 56
	Noch verbleibende Auswirkungen für Steuerreformgesetz 1999:	Insg.	-1 081	-	-1 852	-1 947	-1 340
		Bund	- 611	-	- 974	-1 032	- 743
		Länder	- 557	-	- 878	- 931	- 672
		Gem.	+ 87	-	-	+ 16	+ 75
5	bisher: § 43 a Abs. 1 Nr. 1 EStG (neue Systematik: § 102 EStG 99) Senkung der Kapitalertragsteuer für Dividenden von 25 v. H. auf 15 v. H. ab 1. Januar 1999	Insg.	- 528	-	-1 055	-1 625	- 649
		ESt	+2 210	-	+1 770	+1 950	+2 365
		KSt	+3 310	-	+2 650	+2 760	+3 535
		KapSt	-6 020	-	-5 420	-6 250	-6 515
		SolZ	- 28	-	- 55	- 85	- 34
		Bund	- 444	-	- 688	-1 001	- 519
		ESt	+ 939	-	+ 752	+ 829	+1 005
		KSt	+1 655	-	+1 325	+1 380	+1 768
		KapSt	-3 010	-	-2 710	-3 125	-3 258
		SolZ	- 28	-	- 55	- 85	- 34
		Länder	- 416	-	- 633	- 916	- 485
		ESt	+ 939	-	+ 752	+ 829	+1 005
		KSt	+1 655	-	+1 325	+1 380	+1 767
		KapSt	-3 010	-	-2 710	-3 125	-3 257
		Gem.					
		ESt	+ 332	-	+ 266	+ 292	+ 355
6	bisher: § 43 a Abs. 1 Nr. 4 EStG (neue Systematik: § 102 EStG 99) Senkung des Zinsabschlages von bisher 30 v. H. auf 25 v. H., bei Tafelgeschäften von bisher 35 v. H. auf 30 v. H.	Insg.	- 528	-	- 295	- 897	- 622
		ESt	+1 550	-	+1 240	+1 325	+1 565
		KSt	+ 390	-	+ 310	+ 310	+ 390
		Zins- Absch.	-2 440	-	-1 830	-2 485	-2 545
		SolZ	- 28	-	- 15	- 47	- 32
		Bund	- 248	-	- 138	- 422	- 292
		ESt	+ 659	-	+ 527	+ 563	+ 665
		KSt	+ 195	-	+ 155	+ 155	+ 195
		Zins- Absch.	-1 074	-	- 805	-1 093	-1 120
		SolZ	- 28	-	- 15	- 47	- 32

Siehe Fußnoten auf Seite 4

Lfd. Nr.	Maßnahme	Steuerart/ Gebiets- körper- schaft	Ent- stehungs- jahr ¹⁾	Rechnungsjahr ²⁾				
				1998	1999	2000	2001	
7	Summe der Tarifentlastungen bei Einkommen- und Körper- schaftsteuer insgesamt	Länder	- 220	-	- 123	- 375	- 260	
		ESt	+ 659	-	+ 527	+ 563	+ 665	
		KSt	+ 195	-	+ 155	+ 155	+ 195	
		Zins- Absch.	- 1 074	-	- 805	- 1 093	- 1 120	
		Gem.	- 60	-	- 34	- 100	- 70	
		ESt	+ 232	-	+ 186	+ 199	+ 235	
		Zins- Absch.	- 292	-	- 220	- 299	- 305	
		Insg.	-78 839	-5 742	-79 518	-82 776	-87 131	
		Bund	-36 655	-2 890	-36 901	-38 513	-40 502	
		Länder	-32 742	-2 588	-32 969	-34 409	-36 171	
		Gem.	- 9 442	- 264	- 9 648	- 9 854	-10 458	
		Änderungen bereits durch Steuerreformgesetz 1998:	Insg.	- 6 319	-5 742	- 6 664	- 7 875	- 8 593
		Bund	- 3 182	-2 890	- 3 327	- 3 919	- 4 260	
		Länder	- 2 853	-2 588	- 2 983	- 3 508	- 3 812	
		Gem.	- 284	- 264	- 354	- 448	- 521	
		Noch verbleibende Auswirkungen für Steuerreformgesetz 1999:	Insg.	-72 520	-	-72 854	-74 901	-78 538
		Bund	-33 473	-	-33 574	-34 594	-36 242	
		Länder	-29 889	-	-29 986	-30 901	-32 359	
		Gem.	- 9 158	-	- 9 294	- 9 406	- 9 937	
B. Maßnahmen zur Verbreiterung der Bemessungsgrundlage ⁴⁾								
1. Steuerfreie Einnahmen								
8	bisher: § 3 Nr. 3 EStG (neue Systematik: § 6 EStG 99) Streichung der Steuerfreiheit der Kapitalabfindungen aufgrund der Bestimmungen der gesetzlichen Renten- versicherung und aufgrund der Beamten(-pensions-)gesetze	Insg.	+ 16	-	+ 17	+ 16	+ 16	
		LSt	+ 15	-	+ 16	+ 17	+ 17	
		ESt	-	-	-	2	2	
		SolZ	+ 1	-	+ 1	+ 1	+ 1	
		Bund	+ 7	-	+ 8	+ 7	+ 7	
		LSt	+ 6	-	+ 7	+ 7	+ 7	
		ESt	-	-	-	1	1	
		SolZ	+ 1	-	+ 1	+ 1	+ 1	
		Länder	+ 6	-	+ 7	+ 6	+ 6	
		LSt	+ 6	-	+ 7	+ 7	+ 7	
		ESt	-	-	-	1	1	
		Gem.	+ 3	-	+ 2	+ 3	+ 3	
		LSt	+ 3	-	+ 2	+ 3	+ 3	
		ESt	-	-	-	-	-	
9	bisher: § 3 Nr. 4 EStG (neue Systematik: § 6 EStG 99) Streichung der Steuerfreiheit für Geldleistungen bei Einkleidungsbeihilfen und Abnutzungsentschädigungen für Dienstkleidung in bestimmten Bereichen des öffentlichen Dienstes; Sachleistungen bleiben weiterhin steuerfrei	LSt/ SolZ	.	.	.	.	.	

Lfd. Nr.	Maßnahme	Steuerart/ Gebiets- körper- schaft	Ent- stehungs- jahr ¹⁾	Rechnungsjahr ²⁾			
				1998	1999	2000	2001
10	bisher:	Insg.	+665	–	+707	+665	+665
	§ 3 Nr. 9 EStG	LSt	+630	–	+670	+731	+731
	(neue Systematik:	ESt	–	–	–	–101	–101
	§ 6 EStG 99)	SolZ	+ 35	–	+ 37	+ 35	+ 35
	Halbierung der Freibeträge	Bund	+303	–	+322	+303	+303
	für Abfindungen bei einer vom	LSt	+268	–	+285	+311	+311
	Arbeitgeber veranlaßten Auflö-	ESt	–	–	–	– 43	– 43
	sung des Arbeitsverhältnisses und	SolZ	+ 35	–	+ 37	+ 35	+ 35
	Abschmelzung der Freibeträge	Länder	+268	–	+285	+268	+268
	um den Betrag der Abfindung,	LSt	+268	–	+285	+311	+311
	der 50 000 DM übersteigt	ESt	–	–	–	– 43	– 43
		Gem.	+ 94	–	+100	+ 94	+ 94
		LSt	+ 94	–	+100	+109	+109
		ESt	–	–	–	– 15	– 15
11	bisher:	Insg.	+ 84	–	+ 90	+ 84	+ 84
	§ 3 Nr. 10 EStG	LSt	+ 80	–	+ 85	+ 93	+ 93
	(neue Systematik:	ESt	–	–	–	– 13	– 13
	§ 6 EStG 99)	SolZ	+ 4	–	+ 5	+ 4	+ 4
	Streichung der Steuerfreiheit für	Bund	+ 38	–	+ 41	+ 38	+ 38
	Übergangsgelder und Übergangs-	LSt	+ 34	–	+ 36	+ 40	+ 40
	beihilfen aufgrund gesetzlicher	ESt	–	–	–	– 6	– 6
	Vorschriften an Beamte, Soldaten	SolZ	+ 4	–	+ 5	+ 4	+ 4
	und Minister wegen Entlassung	Länder	+ 34	–	+ 36	+ 34	+ 34
	aus einem Dienstverhältnis	LSt	+ 34	–	+ 36	+ 40	+ 40
		ESt	–	–	–	– 6	– 6
		Gem.	+ 12	–	+ 13	+ 12	+ 12
		LSt	+ 12	–	+ 13	+ 13	+ 13
		ESt	–	–	–	– 1	– 1
12	bisher:	Insg.	+ 16	–	+ 17	+ 16	+ 16
	§ 3 Nr. 15 EStG	LSt	+ 15	–	+ 16	+ 17	+ 17
	(neue Systematik:	ESt	–	–	–	– 2	– 2
	§ 6 EStG 99)	SolZ	+ 1	–	+ 1	+ 1	+ 1
	Aufhebung des Freibetrags	Bund	+ 7	–	+ 8	+ 7	+ 7
	für Geburts- und Heiratsbeihilfen	LSt	+ 6	–	+ 7	+ 7	+ 7
	des Arbeitgebers	ESt	–	–	–	– 1	– 1
	in Höhe von 700 DM	SolZ	+ 1	–	+ 1	+ 1	+ 1
		Länder	+ 6	–	+ 7	+ 6	+ 6
		LSt	+ 6	–	+ 7	+ 7	+ 7
		ESt	–	–	–	– 1	– 1
		Gem.	+ 3	–	+ 2	+ 3	+ 3
		LSt	+ 3	–	+ 2	+ 3	+ 3
		ESt	–	–	–	–	–
13	bisher:	LSt/ SolZ	.	.	.	.	.
	§ 3 Nr. 31 EStG (neue Systematik: § 6 EStG 99) Streichung der Steuerfreiheit für Geldleistungen für typische Berufs- bekleidung sowie für Barablösun- gen an Arbeitnehmer; Sachleistun- gen bleiben weiterhin steuerfrei						

Siehe Fußnoten auf Seite 4

Lfd. Nr.	Maßnahme	Steuerart/ Gebiets- körper- schaft	Ent- stehungs- jahr ¹⁾	Rechnungsjahr ²⁾			
				1998	1999	2000	2001
14	bisher: § 3 Nr. 34 EStG (neue Systematik: § 6 EStG 99) Streichung der Steuerfreiheit für Arbeitgeberzuschüsse für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeits- stätte mit öffentlichen Verkehrs- mitteln	Insg.	+84	–	+ 90	+84	+84
		LSt	+80	–	+ 85	+93	+93
		ESt	–	–	–	–13	–13
		SolZ	+ 4	–	+ 5	+ 4	+ 4
		Bund	+38	–	+41	+38	+38
		LSt	+34	–	+36	+40	+40
		ESt	–	–	–	– 6	– 6
		SolZ	+ 4	–	+ 5	+ 4	+ 4
		Länder	+34	–	+36	+34	+34
		LSt	+34	–	+36	+40	+40
		ESt	–	–	–	– 6	– 6
		Gem.	+12	–	+13	+12	+12
		LSt	+12	–	+13	+13	+13
		ESt	–	–	–	– 1	– 1
15	bisher: § 3 Nr. 46 EStG (neue Systematik: § 6 EStG 99) Streichung der Steuerfreiheit für Bergmannsprämien nach dem Bergmannsprämiengesetz an unter Tage eingesetzte Arbeit- nehmer	Insg.	+32	–	+34	+32	+32
		LSt	+30	–	+32	+35	+35
		ESt	–	–	–	– 5	– 5
		SolZ	+ 2	–	+ 2	+ 2	+ 2
		Bund	+15	–	+16	+15	+15
		LSt	+13	–	+14	+15	+15
		ESt	–	–	–	– 2	– 2
		SolZ	+ 2	–	+ 2	+ 2	+ 2
		Länder	+13	–	+14	+13	+13
		LSt	+13	–	+14	+15	+15
		ESt	–	–	–	– 2	– 2
		Gem.	+ 4	–	+ 4	+ 4	+ 4
		LSt	+ 4	–	+ 4	+ 5	+ 5
		ESt	–	–	–	– 1	– 1
16	bisher: § 3 Nr. 49 EStG (neue Systematik: § 6 EStG 99) Aufhebung der Steuerfreiheit der Unterhaltszuwendungen eines früheren alliierten Besatzungs- soldaten an seine in Deutschland lebende (bedürftige) Ehefrau	ESt/ SolZ	.	.	.	.	.
17	bisher: § 3 Nr. 52 EStG und § 3 LStDV (neue Systematik: § 6 EStG 99) Aufhebung der Steuerfreiheit für Zuwendungen an Arbeitnehmer anlässlich bestimmter Arbeit- nehmer- und Geschäftsjubiläen	Insg.	+84	–	+90	+84	+84
		LSt	+80	–	+85	+93	+93
		ESt	–	–	–	–13	–13
		SolZ	+ 4	–	+ 5	+ 4	+ 4
		Bund	+38	–	+41	+38	+38
		LSt	+34	–	+36	+40	+40
		ESt	–	–	–	– 6	– 6
		SolZ	+ 4	–	+ 5	+ 4	+ 4
		Länder	+34	–	+36	+34	+34
		LSt	+34	–	+36	+40	+40
		ESt	–	–	–	– 6	– 6
		Gem.	+12	–	+13	+12	+12
		LSt	+12	–	+13	+13	+13
		ESt	–	–	–	– 1	– 1

Siehe Fußnoten auf Seite 4

Lfd. Nr.	Maßnahme	Steuerart/ Gebiets- körperschaft	Ent- stehungs- jahr ¹⁾	Rechnungsjahr ²⁾			
				1998	1999	2000	2001
18	bisher:	Insg.	+ 32	–	+ 34	+ 32	+ 32
	§ 3 Nr. 60 EStG	LSt	+ 30	–	+ 32	+ 35	+ 35
	(neue Systematik:	ESt	–	–	–	– 5	– 5
	§ 6 EStG 99)	SolZ	+ 2	–	+ 2	+ 2	+ 2
	Aufhebung der Steuerfreiheit	Bund	+ 15	–	+ 16	+ 15	+ 15
	für Leistungen aus öffentlichen	LSt	+ 13	–	+ 14	+ 15	+ 15
	Mitteln an Arbeitnehmer in der	ESt	–	–	–	– 2	– 2
	Montanindustrie bei Kapazitäts-	SolZ	+ 2	–	+ 2	+ 2	+ 2
	abbau	Länder	+ 13	–	+ 14	+ 13	+ 13
		LSt	+ 13	–	+ 14	+ 15	+ 15
		ESt	–	–	–	– 2	– 2
		Gem.	+ 4	–	+ 4	+ 4	+ 4
		LSt	+ 4	–	+ 4	+ 5	+ 5
		ESt	–	–	–	– 1	– 1
19	bisher:	ESt/ SolZ					
	§ 3 Nr. 61 EStG (neue Systematik: § 6 EStG 99) Aufhebung der Steuerfreiheit für Leistungen nach dem Entwicklungshelfer-Gesetz						
20	bisher:	Insg.	+ 34	–	+ 36	+ 34	+ 34
	§ 3 Nr. 64 EStG	LSt	+ 32	–	+ 34	+ 37	+ 37
	(neue Systematik:	ESt	–	–	–	– 5	– 5
	§ 6 EStG 99)	SolZ	+ 2	–	+ 2	+ 2	+ 2
	Besteuerung von 20 v. H. der	Bund	+ 16	–	+ 16	+ 16	+ 16
	im öffentlichen Dienst gezahlten	LSt	+ 14	–	+ 14	+ 16	+ 16
	Auslandszuschläge	ESt	–	–	–	– 2	– 2
		SolZ	+ 2	–	+ 2	+ 2	+ 2
		Länder	+ 14	–	+ 14	+ 14	+ 14
		LSt	+ 14	–	+ 14	+ 16	+ 16
		ESt	–	–	–	– 2	– 2
		Gem.	+ 4	–	+ 6	+ 4	+ 4
		LSt	+ 4	–	+ 6	+ 5	+ 5
		ESt	–	–	–	– 1	– 1
21	bisher:	Insg.	+ 42	–	–		+ 42
	§ 3 Nr. 66 EStG	GewSt ³⁾	+ 10	–	–		+ 10
	(neue Systematik:	ESt	+ 15	–	–		+ 15
	§ 6 EStG 99)	KSt	+ 15	–	–		+ 15
	Aufhebung der Steuerfreiheit	SolZ	+ 2	–	–		+ 2
	für Sanierungsgewinne	Bund	+ 17	–	–		+ 17
		GewSt ³⁾	+ 1	–	–		+ 1
		ESt	+ 6	–	–		+ 6
		KSt	+ 8	–	–		+ 8
		SolZ	+ 2	–	–		+ 2
		Länder	+ 15	–	–		+ 15
		GewSt ³⁾	+ 2	–	–		+ 2
		ESt	+ 6	–	–		+ 6
		KSt	+ 7	–	–		+ 7
		Gem.	+ 10	–	–		+ 10
		GewSt ³⁾	+ 7	–	–		+ 7
		ESt	+ 3	–	–		+ 3

Siehe Fußnoten auf Seite 4

Lfd. Nr.	Maßnahme	Steuerart/ Gebiets- körperschaft	Ent- stehungs- jahr ¹⁾	Rechnungsjahr ²⁾			
				1998	1999	2000	2001
22	bisher: § 3 b EStG (neue Systematik: § 6 Nr. 10 EStG 99) Stufenweiser Abbau der Steuer- freiheit für Zuschläge von Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit	Insg.	+ 257	–	+ 314	+ 293	+ 889
		GewSt ³⁾	– 60	–	– 50	– 50	– 155
		LSt	+ 400	–	+ 425	+ 465	+ 1 315
		ESt	– 40	–	– 30	– 90	– 175
		KSt	– 60	–	– 50	– 50	– 150
		SolZ	+ 17	–	+ 19	+ 18	+ 54
		Bund	+ 135	–	+ 158	+ 149	+ 452
		GewSt ³⁾	– 5	–	– 4	– 4	– 12
		LSt	+ 170	–	+ 181	+ 198	+ 559
		ESt	– 17	–	– 13	– 38	– 74
		KSt	– 30	–	– 25	– 25	– 75
		SolZ	+ 17	–	+ 19	+ 18	+ 54
		Länder	+ 112	–	+ 134	+ 126	+ 384
		GewSt ³⁾	– 11	–	– 9	– 9	– 26
		LSt	+ 170	–	+ 181	+ 198	+ 559
		ESt	– 17	–	– 13	– 38	– 74
		KSt	– 30	–	– 25	– 25	– 75
		Gem.	+ 10	–	+ 22	+ 18	+ 53
		GewSt ³⁾	– 44	–	– 37	– 37	– 117
		LSt	+ 60	–	+ 63	+ 69	+ 197
		ESt	– 6	–	– 4	– 14	– 27
23	Finanzielle Auswirkungen der Besteuerung bisher steuerfreier Einnahmen insgesamt	Insg.	+ 1 346	–	+ 1 429	+ 1 340	+ 1 978
		Bund	+ 629	–	+ 667	+ 626	+ 946
		Länder	+ 549	–	+ 583	+ 548	+ 821
		Gem.	+ 168	–	+ 179	+ 166	+ 211
2. Private Veräußerungsgewinne							
24	bisher: § 17 Abs. 1 EStG (neue Systematik: § 43 EStG 99) Erweiterung der Besteuerung für Veräußerungsgewinne bei wesentlichen Beteiligungen an Kapitalgesellschaften durch Senkung der Beteiligungsgrenze von bisher 25 v. H. auf 10 v. H. für Veräußerungen ab 1. Januar 1999	Insg.	+ 396	–	.	+ 53	+ 106
		ESt	+ 375	–	.	+ 50	+ 100
		SolZ	+ 21	–	.	+ 3	+ 6
		Bund	+ 180	–	.	+ 24	+ 49
		ESt	+ 159	–	.	+ 21	+ 43
		SolZ	+ 21	–	.	+ 3	+ 6
		Länder					
		ESt	+ 159	–	.	+ 21	+ 43
		Gem.					
		ESt	+ 57	–	.	+ 8	+ 14
25	bisher: § 23 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe a EStG (neue Systematik: § 42 EStG 99) Verlängerung der Spekulations- frist für Veräußerungsgewinne bei privaten, nicht eigengenutzten Grundstücken von 2 Jahren auf 5 Jahre für Veräußerungen ab 1. Januar 1999	Insg.	+ 317	–	+ 106	+ 317	+ 317
		ESt	+ 300	–	+ 100	+ 300	+ 300
		SolZ	+ 17	–	+ 6	+ 17	+ 17
		Bund	+ 145	–	+ 49	+ 145	+ 145
		ESt	+ 128	–	+ 43	+ 128	+ 128
		SolZ	+ 17	–	+ 6	+ 17	+ 17
		Länder					
		ESt	+ 128	–	+ 43	+ 128	+ 128
		Gem.					
		ESt	+ 44	–	+ 14	+ 44	+ 44

Siehe Fußnoten auf Seite 4

Lfd. Nr.	Maßnahme	Steuerart/ Gebiets- körper- schaft	Ent- stehungs- jahr ¹⁾	Rechnungsjahr ²⁾			
				1998	1999	2000	2001
26	bisher: § 23 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe b EStG (neue Systematik: § 42 EStG 99) Verlängerung der Spekulations- frist für Veräußerungsgewinne bei privaten Wertpapieren von 6 Monaten auf 1 Jahr	Insg.	+ 26	–	.	+ 16	+ 21
		ESt	+ 25	–	.	+ 15	+ 20
		SolZ	+ 1	–	.	+ 1	+ 1
		Bund	+ 12	–	.	+ 7	+ 10
		ESt	+ 11	–	.	+ 6	+ 9
		SolZ	+ 1	–	.	+ 1	+ 1
		Länder					
		ESt	+ 11	–	.	+ 6	+ 9
		Gem. ESt	+ 3	–	.	+ 3	+ 2
27	Finanzielle Auswirkungen der verstärkten Besteuerung von Veräußerungsgewinnen insgesamt	Insg.	+ 739	–	+ 106	+ 386	+ 444
		Bund	+ 337	–	+ 49	+ 176	+ 204
		Länder	+ 298	–	+ 43	+ 155	+ 180
		Gem.	+ 104	–	+ 14	+ 55	+ 60
28	3. Gewinnermittlungs- vorschriften bisher: § 4 Abs. 8 EStG (neue Systematik: –) Aufhebung der Möglichkeit zur Verteilung des Betriebs- ausgabenabzugs für Erhaltungs- aufwendungen in Sanierungs- gebieten und städtebaulichen Entwicklungsbereichen sowie bei Baudenkmalen auf bis zu 5 Jahre	GewSt/ ESt/ KSt/ SolZ	–	–	–	–	–
29	bisher: § 5 Abs. 4a EStG (neue Systematik: § 11 Abs. 5 EStG 99) Streichung der Rückstellungen für drohende Verluste aus Dauer- schuldverhältnissen; im übrigen Saldierung der drohenden Verluste aus allen Beschaffungs- und Absatzgeschäften für Wirtschaftsjahre, die nach dem 31. Dezember 1997 enden	Insg.	+ 3 598	+ 1 553	+ 4 432	+ 4 374	+ 3 598
		GewSt	+ 1 340	+ 535	+ 1 610	+ 1 610	+ 1 340
		ESt	+ 620	+ 280	+ 775	+ 760	+ 620
		KSt	+ 1 520	+ 685	+ 1 900	+ 1 860	+ 1 520
		SolZ	+ 118	+ 53	+ 147	+ 144	+ 118
		Bund	+ 1 208	+ 541	+ 1 505	+ 1 475	+ 1 206
		GewSt	+ 66	+ 26	+ 79	+ 78	+ 64
		ESt	+ 264	+ 119	+ 329	+ 323	+ 264
		KSt	+ 760	+ 343	+ 950	+ 930	+ 760
		SolZ	+ 118	+ 53	+ 147	+ 144	+ 118
		Länder	+ 1 226	+ 541	+ 1 511	+ 1 480	+ 1 211
		GewSt	+ 202	+ 80	+ 232	+ 227	+ 187
		ESt	+ 264	+ 119	+ 329	+ 323	+ 264
		KSt	+ 760	+ 342	+ 950	+ 930	+ 760
		Gem.	+ 1 164	+ 471	+ 1 416	+ 1 419	+ 1 181
		GewSt	+ 1 072	+ 429	+ 1 299	+ 1 305	+ 1 089
		ESt	+ 92	+ 42	+ 117	+ 114	+ 92
	Änderungen bereits durch Steuerreformgesetz 1998:	Insg.	+ 3 883	+ 1 553	+ 4 659	+ 4 659	+ 3 883
		Bund	+ 1 352	+ 541	+ 1 620	+ 1 619	+ 1 350
		Länder	+ 1 355	+ 541	+ 1 614	+ 1 609	+ 1 340
		Gem.	+ 1 176	+ 471	+ 1 425	+ 1 431	+ 1 193
	Noch verbleibende Auswirkungen für Steuerreformgesetz 1999:	Insg.	– 285	–	– 227	– 285	– 285
		Bund	– 144	–	– 115	– 144	– 144
		Länder	– 129	–	– 103	– 129	– 129
		Gem.	– 12	–	– 9	– 12	– 12

Siehe Fußnoten auf Seite 4

Lfd. Nr.	Maßnahme	Steuerart/ Gebiets- körperschaft	Ent- stehungs- jahr ¹⁾	Rechnungsjahr ²⁾			
				1998	1999	2000	2001
30	bisher: § 5 Abs. 4 b EStG (neue Systematik: § 11 Abs. 5 a EStG 99) Verlängerung der Ansammlungs- frist für Stilllegungs- und Beseiti- gungsverpflichtungen bei Kern- kraftwerken von bisher 19 Jahre auf 25 Jahre	Insg.	+ 1 355	+ 677	+ 677	–	–
		GewSt	+ 500	+ 250	+ 250	–	–
		KSt	+ 810	+ 405	+ 405	–	–
		SolZ	+ 45	+ 22	+ 22	–	–
		Bund	+ 475	+ 237	+ 237	–	–
		GewSt	+ 25	+ 12	+ 12	–	–
		KSt	+ 405	+ 203	+ 203	–	–
		SolZ	+ 45	+ 22	+ 22	–	–
		Länder	+ 480	+ 240	+ 238	–	–
		GewSt	+ 75	+ 38	+ 36	–	–
		KSt	+ 405	+ 202	+ 202	–	–
		Gem. GewSt	+ 400	+ 200	+ 202	–	–
	Änderungen bereits durch Steuerreformgesetz 1998:	Insg.	+ 1 355	+ 677	+ 677	–	–
		Bund	+ 475	+ 237	+ 237	–	–
		Länder	+ 480	+ 240	+ 238	–	–
		Gem.	+ 400	+ 200	+ 202	–	–
	Noch verbleibende Auswirkungen für Steuerreformgesetz 1999:	Insg.	–	–	–	–	–
		Bund	–	–	–	–	–
		Länder	–	–	–	–	–
		Gem.	–	–	–	–	–
31	bisher: § 5 Abs. 4 c EStG (neue Systematik: § 11 Abs. 5 b EStG 99) Verbot der Bildung von Rück- stellungen für Anschaffungs- oder Herstellungskosten	Insg.	+ 3 067	+ 1 986	+ 3 115	+ 3 729	+ 615
		GewSt	+ 1 200	+ 720	+ 1 200	+ 1 440	+ 240
		ESt	+ 210	+ 145	+ 215	+ 260	+ 40
		KSt	+ 1 560	+ 1 055	+ 1 600	+ 1 910	+ 315
		SolZ	+ 97	+ 66	+ 100	+ 119	+ 20
		Bund	+ 1 025	+ 691	+ 1 050	+ 1 255	+ 207
		GewSt	+ 59	+ 35	+ 59	+ 70	+ 12
		ESt	+ 89	+ 62	+ 91	+ 111	+ 17
		KSt	+ 780	+ 528	+ 800	+ 955	+ 158
		SolZ	+ 97	+ 66	+ 100	+ 119	+ 20
		Länder	+ 1 049	+ 697	+ 1 064	+ 1 269	+ 208
		GewSt	+ 180	+ 108	+ 173	+ 203	+ 34
		ESt	+ 89	+ 62	+ 91	+ 111	+ 17
		KSt	+ 780	+ 527	+ 800	+ 955	+ 157
		Gem.	+ 993	+ 598	+ 1 001	+ 1 205	+ 200
		GewSt	+ 961	+ 577	+ 968	+ 1 167	+ 194
		ESt	+ 32	+ 21	+ 33	+ 38	+ 6
	Änderungen bereits durch Steuerreformgesetz 1998:	Insg.	+ 3 305	+ 1 986	+ 3 310	+ 3 972	+ 662
		Bund	+ 1 149	+ 691	+ 1 151	+ 1 380	+ 230
		Länder	+ 1 159	+ 697	+ 1 155	+ 1 381	+ 230
		Gem.	+ 997	+ 598	+ 1 004	+ 1 211	+ 202
	Noch verbleibende Auswirkungen für Steuerreformgesetz 1999:	Insg.	– 238	–	– 195	– 243	– 47
		Bund	– 124	–	– 101	– 125	– 23
		Länder	– 110	–	– 91	– 112	– 22
		Gem.	– 4	–	– 3	– 6	– 2

Lfd. Nr.	Maßnahme	Steuerart/ Gebiets- körper- schaft	Ent- stehungs- jahr ¹⁾	Rechnungsjahr ²⁾			
				1998	1999	2000	2001
32	bisher: § 6 Abs. 1 Nr. 1 Satz 1 und 2 und § 6 Abs. 1 Nr. 2 Satz 1 und 2 EStG (neue Systematik: § 16 EStG 99) Einführung eines Wertaufholungs- gebotes für Wirtschaftsjahre, die nach dem 31. Dezember 1997 enden	Insg.	+ 3 863	+ 1 666	+ 4 754	+ 4 696	+ 3 863
		GewSt	+ 1 500	+ 600	+ 1 800	+ 1 800	+ 1 500
		ESt	+ 640	+ 290	+ 800	+ 785	+ 640
		KSt	+ 1 600	+ 720	+ 2 000	+ 1 960	+ 1 600
		SolZ	+ 123	+ 56	+ 154	+ 151	+ 123
		Bund	+ 1 269	+ 568	+ 1 582	+ 1 552	+ 1 267
		GewSt	+ 74	+ 29	+ 88	+ 87	+ 72
		ESt	+ 272	+ 123	+ 340	+ 334	+ 272
		KSt	+ 800	+ 360	+ 1 000	+ 980	+ 800
		SolZ	+ 123	+ 56	+ 154	+ 151	+ 123
		Länder	+ 1 298	+ 573	+ 1 600	+ 1 567	+ 1 282
		GewSt	+ 226	+ 90	+ 260	+ 253	+ 210
		ESt	+ 272	+ 123	+ 340	+ 334	+ 272
		KSt	+ 800	+ 360	+ 1 000	+ 980	+ 800
		Gem.	+ 1 296	+ 525	+ 1 572	+ 1 577	+ 1 314
		GewSt	+ 1 200	+ 481	+ 1 452	+ 1 460	+ 1 218
		ESt	+ 96	+ 44	+ 120	+ 117	+ 96
	Änderungen bereits durch Steuerreformgesetz 1998:	Insg.	+ 4 159	+ 1 666	+ 4 991	+ 4 991	+ 4 159
		Bund	+ 1 419	+ 568	+ 1 702	+ 1 701	+ 1 417
		Länder	+ 1 432	+ 573	+ 1 708	+ 1 701	+ 1 416
		Gem.	+ 1 308	+ 525	+ 1 581	+ 1 589	+ 1 326
	Noch verbleibende Auswirkungen für Steuerreformgesetz 1999:	Insg.	- 296	-	- 237	- 295	- 296
		Bund	- 150	-	- 120	- 149	- 150
		Länder	- 134	-	- 108	- 134	- 134
		Gem.	- 12	-	- 9	- 12	- 12
33	bisher: § 6 Abs. 1 Nr. 2 Satz 3 EStG (neue Systematik: § 16 EStG 99) Aufhebung der Bewertung des nicht abnutzbaren Anlagevermö- gens und des Umlaufvermögens land- und forstwirtschaftlicher Betriebe mit dem höheren Teilwert	Insg.	+ 69	-	+ 55	+ 69	+ 69
		ESt	+ 65	-	+ 52	+ 65	+ 65
		SolZ	+ 4	-	+ 3	+ 4	+ 4
		Bund	+ 32	-	+ 25	+ 32	+ 32
		ESt	+ 28	-	+ 22	+ 28	+ 28
		SolZ	+ 4	-	+ 3	+ 4	+ 4
		Länder	+ 28	-	+ 22	+ 28	+ 28
34	bisher: § 6 Abs. 1 Nr. 3 EStG und § 20 Abs. 2 KStG (neue Systematik: § 16 EStG 99) Realitätsnähere Bewertung von Rückstellungen, insbesondere von Schadensrückstellungen in der Versicherungswirtschaft	Gem. ESt	+ 9	-	+ 8	+ 9	+ 9
		Insg.	+ 2 801	+ 2 417	+ 2 243	+ 556	+ 558
		GewSt	+ 1 050	+ 840	+ 840	+ 160	+ 210
		KSt	+ 1 660	+ 1 495	+ 1 330	+ 375	+ 330
		SolZ	+ 91	+ 82	+ 73	+ 21	+ 18
		Bund	+ 973	+ 871	+ 779	+ 217	+ 193
		GewSt	+ 52	+ 41	+ 41	+ 8	+ 10
		KSt	+ 830	+ 748	+ 665	+ 188	+ 165
		SolZ	+ 91	+ 82	+ 73	+ 21	+ 18
		Länder	+ 988	+ 873	+ 786	+ 210	+ 194
		GewSt	+ 158	+ 126	+ 121	+ 23	+ 29
		KSt	+ 830	+ 747	+ 665	+ 187	+ 165
		Gem. GewSt	+ 840	+ 673	+ 678	+ 129	+ 171

Siehe Fußnoten auf Seite 4

Lfd. Nr.	Maßnahme	Steuerart/ Gebietskörperschaft	Entstehungsjahr ¹⁾	Rechnungsjahr ²⁾			
				1998	1999	2000	2001
35	Änderungen bereits durch Steuerreformgesetz 1998:	Insg.	+ 3 023	+ 2 417	+ 2 417	+ 556	+ 606
		Bund	+ 1 090	+ 871	+ 871	+ 217	+ 219
		Länder	+ 1 093	+ 873	+ 868	+ 210	+ 216
		Gem.	+ 840	+ 673	+ 678	+ 129	+ 171
	Noch verbleibende Auswirkungen für Steuerreformgesetz 1999:	Insg.	- 222	-	- 174	-	- 48
		Bund	- 117	-	- 92	-	- 26
		Länder	- 105	-	- 82	-	- 22
		Gem.	-	-	-	-	-
	bisher:	Insg.	+ 177	-	-	+ 125	+ 177
	§ 6 b Abs. 1 bis 7 und § 6 c EStG	GewSt ³⁾	+ 50	-	-	+ 30	+ 50
	(neue Systematik: § 21 und 22 EStG 99)	ESt	+ 40	-	-	+ 30	+ 40
	Begrenzung der steuerneutralen Übertragung von aufgedeckten stillen Reserven auf Grund und Boden, Aufwuchs auf und Anlage im Grund und Boden und Gebäude in einer betriebsbezogenen Ausgestaltung sowie Beibehaltung der Übertragungsmöglichkeit für Kapitalanteile bei UBG mit einer Behaltefrist von 1 Jahr	KSt	+ 80	-	-	+ 60	+ 80
	(Entwurf eines 3. Finanzmarktförderungsgesetzes)	SolZ	+ 7	-	-	+ 5	+ 7
		Bund	+ 68	-	-	+ 50	+ 68
		GewSt ³⁾	+ 4	-	-	+ 2	+ 4
		ESt	+ 17	-	-	+ 13	+ 17
		KSt	+ 40	-	-	+ 30	+ 40
		SolZ	+ 7	-	-	+ 5	+ 7
		Länder	+ 66	-	-	+ 48	+ 66
		GewSt ³⁾	+ 9	-	-	+ 5	+ 9
		ESt	+ 17	-	-	+ 13	+ 17
		KSt	+ 40	-	-	+ 30	+ 40
		Gem.	+ 43	-	-	+ 27	+ 43
		GewSt ³⁾	+ 37	-	-	+ 23	+ 37
		ESt	+ 6	-	-	+ 4	+ 6
36	bisher:	Insg.	+ 16	-	-	.	+ 16
	§ 6 b Abs. 8 und 9 EStG	GewSt ³⁾	+ 5	-	-	.	+ 5
	(neue Systematik: § 21 EStG 99)	ESt	+ 5	-	-	.	+ 5
	Begrenzung der steuerneutralen Übertragung von aufgedeckten stillen Reserven im Rahmen städtebaulicher Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen auf Grund und Boden und Gebäude mit einer betriebsbezogenen Ausgestaltung	KSt	+ 5	-	-	.	+ 5
		SolZ	+ 1	-	-	.	+ 1
		Bund	+ 6	-	-	.	+ 6
		GewSt ³⁾	-	-	-	.	-
		ESt	+ 2	-	-	.	+ 2
		KSt	+ 3	-	-	.	+ 3
		SolZ	+ 1	-	-	.	+ 1
		Länder	+ 5	-	-	.	+ 5
		GewSt ³⁾	+ 1	-	-	.	+ 1
		ESt	+ 2	-	-	.	+ 2
		KSt	+ 2	-	-	.	+ 2
		Gem.	+ 5	-	-	.	+ 5
		GewSt ³⁾	+ 4	-	-	.	+ 4
		ESt	+ 1	-	-	.	+ 1

Lfd. Nr.	Maßnahme	Steuerart/ Gebiets- körpers- schaft	Ent- stehungs- jahr ¹⁾	Rechnungsjahr ²⁾			
				1998	1999	2000	2001
37	bisher: § 7 Abs. 2 EStG (neue Systematik: § 23 EStG 99) Senkung der degressiven Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlage- vermögens um 3 v. H.-Punkte im Veranlagungszeitraum 1998 und um weitere 2 v. H.-Punkte ab Veranlagungszeitraum 1999 ⁵⁾	Insg.	+ 6 270	+ 2 236	+ 6 374	+ 9 643	+ 11 878
		GewSt ³⁾	+ 2 240	+ 770	+ 2 270	+ 3 440	+ 4 240
		ESt	+ 2 060	+ 745	+ 2 095	+ 3 170	+ 3 900
		KSt	+ 1 760	+ 645	+ 1 795	+ 2 710	+ 3 340
		SolZ	+ 210	+ 76	+ 214	+ 323	+ 398
		Bund	+ 2 117	+ 754	+ 2 133	+ 3 231	+ 3 985
		GewSt ³⁾	+ 151	+ 38	+ 131	+ 206	+ 259
		ESt	+ 876	+ 317	+ 890	+ 1 347	+ 1 658
		KSt	+ 880	+ 323	+ 898	+ 1 355	+ 1 670
		SolZ	+ 210	+ 76	+ 214	+ 323	+ 398
		Länder	+ 2 126	+ 755	+ 2 135	+ 3 225	+ 3 976
		GewSt ³⁾	+ 370	+ 116	+ 348	+ 523	+ 648
		ESt	+ 876	+ 317	+ 890	+ 1 347	+ 1 658
		KSt	+ 880	+ 322	+ 897	+ 1 355	+ 1 670
		Gem.	+ 2 027	+ 727	+ 2 106	+ 3 187	+ 3 917
		GewSt ³⁾	+ 1 719	+ 616	+ 1 791	+ 2 711	+ 3 333
		ESt	+ 308	+ 111	+ 315	+ 476	+ 584
		Insg.	+ 2 796	+ 2 236	+ 4 742	+ 6 420	+ 7 212
		Bund	+ 943	+ 754	+ 1 599	+ 2 166	+ 2 433
		Länder	+ 944	+ 755	+ 1 592	+ 2 149	+ 2 411
		Gem.	+ 909	+ 727	+ 1 551	+ 2 105	+ 2 368
		Insg.	+ 3 474	–	+ 1 632	+ 3 223	+ 4 666
38	bisher: § 7 Abs. 4 Nr. 1 EStG (neue Systematik: § 23 EStG 99) Senkung der linearen Abschrei- bung für Gebäude des Betriebs- vermögens von bisher jährlich 4 v. H. auf 3 v. H. bei Betriebs- gebäuden und Wohngebäuden ⁶⁾	Bund	+ 1 174	–	+ 534	+ 1 065	+ 1 552
		Länder	+ 1 182	–	+ 543	+ 1 076	+ 1 565
		Gem.	+ 1 118	–	+ 555	+ 1 082	+ 1 549
		Insg.	+ 2 255	–	–	+ 362	+ 1 216
		GewSt ³⁾	+ 810	–	–	+ 130	+ 430
		ESt	+ 680	–	–	+ 110	+ 365
		KSt	+ 690	–	–	+ 110	+ 380
		SolZ	+ 75	–	–	+ 12	+ 41
		Bund	+ 775	–	–	+ 124	+ 420
		GewSt ³⁾	+ 66	–	–	+ 10	+ 34
		ESt	+ 289	–	–	+ 47	+ 155
		KSt	+ 345	–	–	+ 55	+ 190
		SolZ	+ 75	–	–	+ 12	+ 41
		Länder	+ 777	–	–	+ 124	+ 418
		GewSt ³⁾	+ 143	–	–	+ 22	+ 73
		ESt	+ 289	–	–	+ 47	+ 155
		KSt	+ 345	–	–	+ 55	+ 190
		Gem.	+ 703	–	–	+ 114	+ 378
		GewSt ³⁾	+ 601	–	–	+ 98	+ 323
		ESt	+ 102	–	–	+ 16	+ 55

Siehe Fußnoten auf Seite 4

Lfd. Nr.	Maßnahme	Steuerart/ Gebiets- körper- schaft	Ent- stehungs- jahr ¹⁾	Rechnungsjahr ²⁾			
				1998	1999	2000	2001
39	bisher: § 7 g Abs. 1 und 2 EStG (neue Systematik: –) Streichung der Sonder- abschreibung für kleine und mittlere Betriebe	Insg.	+488	–	+389	+389	+483
		GewSt ³⁾	+150	–	+120	+120	+145
		ESt	+270	–	+215	+215	+270
		KSt	+ 50	–	+ 40	+ 40	+ 50
		SolZ	+ 18	–	+ 14	+ 14	+ 18
		Bund	+170	–	+135	+135	+170
		GewSt ³⁾	+ 12	–	+ 10	+ 10	+ 12
		ESt	+115	–	+ 91	+ 91	+115
		KSt	+ 25	–	+ 20	+ 20	+ 25
		SolZ	+ 18	–	+ 14	+ 14	+ 18
		Länder	+166	–	+132	+132	+165
		GewSt ³⁾	+ 26	–	+ 21	+ 21	+ 25
		ESt	+115	–	+ 91	+ 91	+115
		KSt	+ 25	–	+ 20	+ 20	+ 25
		Gem.	+152	–	+122	+122	+148
		GewSt ³⁾	+112	–	+ 89	+ 89	+108
		ESt	+ 40	–	+ 33	+ 33	+ 40
40	bisher: § 7 g Abs. 3 bis 7 EStG (neue Systematik: –) Streichung der Anspar- abschreibung für kleine und mittlere Betriebe	Insg.	+410	–	+327	+327	+ 78
		GewSt ³⁾	+125	–	+100	+100	+ 20
		ESt	+230	–	+185	+185	+ 45
		KSt	+ 40	–	+ 30	+ 30	+ 10
		SolZ	+ 15	–	+ 12	+ 12	+ 3
		Bund	+143	–	+114	+114	+ 29
		GewSt ³⁾	+ 10	–	+ 8	+ 8	+ 2
		ESt	+ 98	–	+ 79	+ 79	+ 19
		KSt	+ 20	–	+ 15	+ 15	+ 5
		SolZ	+ 15	–	+ 12	+ 12	+ 3
		Länder	+140	–	+112	+111	+ 27
		GewSt ³⁾	+ 22	–	+ 18	+ 17	+ 3
		ESt	+ 98	–	+ 79	+ 79	+ 19
		KSt	+ 20	–	+ 15	+ 15	+ 5
		Gem.	+127	–	+101	+102	+ 22
		GewSt ³⁾	+ 93	–	+ 74	+ 75	+ 15
		ESt	+ 34	–	+ 27	+ 27	+ 7
41	§ 80 EStDV Aufhebung des Importwaren- abschlags bei der Bewertung von bestimmten Wirtschaftsgütern des Umlaufvermögens ausländischer Herkunft	Insg.	+219	–	+177	+219	+219
		GewSt ³⁾	+ 50	–	+ 40	+ 50	+ 50
		ESt	+ 60	–	+ 50	+ 60	+ 60
		KSt	+100	–	+ 80	+100	+100
		SolZ	+ 9	–	+ 7	+ 9	+ 9
		Bund	+ 89	–	+ 71	+ 89	+ 89
		GewSt ³⁾	+ 4	–	+ 3	+ 4	+ 4
		ESt	+ 26	–	+ 21	+ 26	+ 26
		KSt	+ 50	–	+ 40	+ 50	+ 50
		SolZ	+ 9	–	+ 7	+ 9	+ 9
		Länder	+ 85	–	+ 68	+ 85	+ 85
		GewSt ³⁾	+ 9	–	+ 7	+ 9	+ 9
		ESt	+ 26	–	+ 21	+ 26	+ 26
		KSt	+ 50	–	+ 40	+ 50	+ 50
		Gem.	+ 45	–	+ 38	+ 45	+ 45
		GewSt ³⁾	+ 37	–	+ 30	+ 37	+ 37
		ESt	+ 8	–	+ 8	+ 8	+ 8

Lfd. Nr.	Maßnahme	Steuerart/ Gebiets- körper- schaft	Ent- stehungs- jahr ¹⁾	Rechnungsjahr ²⁾			
				1998	1999	2000	2001
42	§ 21 a KStG Streichung der Rücklage in Höhe von 3 v. H. der Bauspareinlagen bei Bausparkassen	Insg.	+ 403	-	+ 320	+ 320	+ 398
		GewSt ³⁾	+ 150	-	+ 120	+ 120	+ 145
		KSt	+ 240	-	+ 190	+ 190	+ 240
		SolZ	+ 13	-	+ 10	+ 10	+ 13
		Bund	+ 145	-	+ 115	+ 115	+ 145
		GewSt ³⁾	+ 12	-	+ 10	+ 10	+ 12
		KSt	+ 120	-	+ 95	+ 95	+ 120
		SolZ	+ 13	-	+ 10	+ 10	+ 13
		Länder	+ 146	-	+ 116	+ 116	+ 145
		GewSt ³⁾	+ 26	-	+ 21	+ 21	+ 25
		KSt	+ 120	-	+ 95	+ 95	+ 120
		Gem.	-	-	-	-	-
		GewSt ³⁾	+ 112	-	+ 89	+ 89	+ 108
		GewSt ³⁾	-	-	-	-	-
43	Finanzielle Auswirkungen der Änderungen bei den Gewinnermittlungsvorschriften insgesamt	Insg.	+24 991	+10 535	+22 863	+24 809	+23 168
		Bund	+ 8 495	+ 3 662	+ 7 746	+ 8 389	+ 7 817
		Länder	+ 8 580	+ 3 679	+ 7 784	+ 8 395	+ 7 810
		Gem.	+ 7 916	+ 3 194	+ 7 333	+ 8 025	+ 7 541
	Änderungen bereits durch Steuerreformgesetz 1998:	Insg.	+18 521	+10 535	+20 796	+20 598	+16 522
		Bund	+ 6 428	+ 3 662	+ 7 180	+ 7 083	+ 5 649
		Länder	+ 6 463	+ 3 679	+ 7 175	+ 7 050	+ 5 613
		Gem.	+ 5 630	+ 3 194	+ 6 441	+ 6 465	+ 5 260
	Noch verbleibende Auswirkungen für Steuerreformgesetz 1999:	Insg.	+ 6 470	-	+ 2 067	+ 4 211	+ 6 646
		Bund	+ 2 067	-	+ 566	+ 1 306	+ 2 168
		Länder	+ 2 117	-	+ 609	+ 1 345	+ 2 197
		Gem.	+ 2 286	-	+ 892	+ 1 560	+ 2 281
	4. Einkunftsspezifische Sonderregelungen						
	<i>4.1 Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft</i>						
44	bisher: § 13 Abs. 3 EStG (neue Systematik: § 26 EStG 99) Senkung des Freibetrags für Land- und Forstwirte von bisher 2 000 DM/4 000 DM (Alleinstehende/Verheiratete) auf 1 300 DM/2 600 DM, soweit die Summe der Einkünfte 60 000 DM/120 000 DM nicht übersteigen	Insg.	+ 84	-	+ 68	+ 68	+ 84
		ESt	+ 80	-	+ 64	+ 64	+ 80
		SolZ	+ 4	-	+ 4	+ 4	+ 4
		Bund	+ 38	-	+ 31	+ 31	+ 38
		ESt	+ 34	-	+ 27	+ 27	+ 34
		SolZ	+ 4	-	+ 4	+ 4	+ 4
		Länder	+ 34	-	+ 27	+ 27	+ 34
		ESt	+ 34	-	+ 27	+ 27	+ 34
		Gem.	+ 12	-	+ 10	+ 10	+ 12
		ESt	+ 12	-	+ 10	+ 10	+ 12

Siehe Fußnoten auf Seite 4

Lfd. Nr.	Maßnahme	Steuerart/ Gebiets- körperschaft	Ent- stehungs- jahr ¹⁾	Rechnungsjahr ²⁾			
				1998	1999	2000	2001
45	bisher: § 13 a EStG (neue Systematik: § 27 EStG 99)	Insg.	+ 106	–	+ 84	+ 84	+ 106
		ESt	+ 100	–	+ 80	+ 80	+ 100
		SolZ	+ 6	–	+ 4	+ 4	+ 6
	Zielgenauere Umgestaltung der Ermittlung des Gewinns nach Durchschnittssätzen für kleine land- und forstwirtschaftliche Betriebe	Bund	+ 49	–	+ 38	+ 38	+ 49
		ESt	+ 43	–	+ 34	+ 34	+ 43
		SolZ	+ 6	–	+ 4	+ 4	+ 6
		Länder					
46	bisher: § 14 und § 16 Abs. 4 EStG (neue Systematik: § 28 und 31 EStG 99)	ESt	+ 43	–	+ 34	+ 34	+ 43
		Gem. ESt	+ 14	–	+ 12	+ 12	+ 14
		Insg.	+ 26	–	–	.	+ 11
		ESt	+ 25	–	–	.	+ 10
		SolZ	+ 1	–	–	.	+ 1
		Bund	+ 12	–	–	.	+ 5
		ESt	+ 11	–	–	.	+ 4
47		SolZ	+ 1	–	–	.	+ 1
		Länder					
		ESt	+ 11	–	–	.	+ 4
		Gem. ESt	+ 3	–	–	.	+ 2
	bisher: § 14 a Abs. 1 bis 3 EStG (neue Systematik: –)	EST/ SolZ	–	–	–	–	–
	Keine Verlängerung des bis zum 31. Dezember 2000 befristeten Freibetrags für Gewinne aus der Veräußerung oder Aufgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben						
48	bisher: § 14 a Abs. 4 EStG (neue Systematik: –)	EST/ SolZ	–	–	–	–	–
	Keine Verlängerung des bis zum 31. Dezember 2000 befristeten Freibetrags für Gewinne aus der Veräußerung oder Entnahme von Grund und Boden in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben im Zusammenhang mit der Abfindung weichender Erben in Höhe von 120 000 DM je Erbe						
49	bisher: § 14 a Abs. 5 EStG (neue Systematik: –)	EST/ SolZ	–	–	–	–	–
	Keine Verlängerung des bis zum 31. Dezember 2000 befristeten Freibetrags von 90 000 DM für Gewinne aus der Veräußerung von Grund und Boden in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben, wenn mit dem Erlös bereits vor dem 1. Juli 1985 vorhandene Betriebsschulden getilgt werden						

Lfd. Nr.	Maßnahme	Steuerart/ Gebiets- körperschaft	Ent- stehungs- jahr ¹⁾	Rechnungsjahr ²⁾			
				1998	1999	2000	2001
50	bisher:	Insg.	+11	–	+ 5	+ 5	+11
	§ 34 b EStG	ESt	+10	–	+ 5	+ 5	+10
	(neue Systematik: § 62 EStG 99)	SolZ	+ 1	–	–	–	+ 1
	Rechnerische Verteilung der Gewinne aus außerordentlichen Holznutzungen auf 7 Jahre (vgl. Regelung § 34 EStG – Pos. 88)	Bund	+ 5	–	+ 2	+ 2	+ 5
	anstelle der Besteuerung mit dem halben Steuersatz und Besteuerung der Gewinne aus Kalamitätsnutzungen anstelle des bisherigen 1/8 Steuersatzes	ESt	+ 4	–	+ 2	+ 2	+ 4
	– bis zum Nutzungssatz mit dem vollen Steuersatz,	SolZ	+ 1	–	–	–	+ 1
	– darüber hinaus bis zum doppelten Nutzungssatz mit dem 1/2 Steuersatz und	Länder					
	– darüber hinaus mit dem 1/4 Steuersatz	ESt	+ 4	–	+ 2	+ 2	+ 4
		Gem. ESt	+ 2	–	+ 1	+ 1	+ 2
51	bisher:	Insg.	+25	–	+21	+25	+90
	§ 34 e EStG	ESt	+24	–	+20	+24	+85
	(neue Systematik: § 26 Abs. 8 und 9 EStG 99)	SolZ	+ 1	–	+ 1	+ 1	+ 5
	Einschränkung der Steuerermäßigung von bis zu 2 000 DM für eigenbewirtschaftete Betriebe, deren Gewinne weder nach Durchschnittssätzen ermittelt noch geschätzt werden in 1999 und 2000, ab 2001 vollständige Streichung der Steuerermäßigung	Bund	+11	–	+10	+11	+41
		ESt	+10	–	+ 9	+10	+36
		SolZ	+ 1	–	+ 1	+ 1	+ 5
		Länder					
		ESt	+10	–	+ 9	+10	+36
52	bisher:	Gem. ESt	+ 4	–	+ 2	+ 4	+13
	§ 52 Abs. 15 Satz 12 EStG						
53	(neue Systematik: § 137 EStG 99)	EST/ SolZ	–	–	–	–	–
	Einschränkung der Nutzungswertbesteuerung für die eigen genutzte Wohnung bei land- und forstwirtschaftlichen Betrieben auf Baudenkmale, die mindestens 50 Jahre alt sind						
53	R 212 Abs. 1 Satz 5 bis 7 EStR	Insg.	+ 5	–	+ 5	+ 5	+ 5
	Streichung der Waldwertminde- rung von 3 v. H. der Anschaf- fungs- oder Herstellungskosten	ESt	+ 5	–	+ 5	+ 5	+ 5
		SolZ	–	–	–	–	–
		Bund	+ 2	–	+ 2	+ 2	+ 2
		ESt	+ 2	–	+ 2	+ 2	+ 2
		SolZ	–	–	–	–	–
		Länder					
		ESt	+ 2	–	+ 2	+ 2	+ 2
		Gem. ESt	+ 1	–	+ 1	+ 1	+ 1

Siehe Fußnoten auf Seite 4

Lfd. Nr.	Maßnahme	Steuerart/ Gebiets- körper- schaft	Ent- stehungs- jahr ¹⁾	Rechnungsjahr ²⁾			
				1998	1999	2000	2001
54	Finanzielle Auswirkungen der Maßnahmen bei Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft	Insg. Bund Länder Gem.	+257 +117 +104 + 36	- - - -	+183 + 83 + 74 + 26	+187 + 84 + 75 + 28	+307 +140 +123 + 44
	<i>4.2 Einkünfte aus Gewerbebetrieb</i>						
55	bisher: § 16 Abs. 4 EStG (neue Systematik: § 31 EStG 99) Streichung des Freibetrags in Höhe von 60 000 DM für die Gewinne aus der Veräußerung oder Aufgabe von Betrieben, Teilbetrieben oder Mitunternehmeranteilen	Insg. ESt SolZ Bund ESt SolZ Länder ESt Gem. ESt	+237 +225 + 12 +108 + 96 + 12 + 96 + 33	- - - - - - - -	- - - - - - - -	+ 63 + 60 + 3 + 29 + 26 + 3 + 26 + 8	+211 +200 + 11 + 96 + 85 + 11 + 85 + 30
56	bisher: § 17 Abs. 3 EStG (neue Systematik: § 43 EStG 99) Streichung des Freibetrags in Höhe von 20 000 DM für die Gewinne aus der Veräußerung von wesentlichen Beteiligungen an Kapitalgesellschaften	Insg. ESt SolZ Bund ESt SolZ Länder ESt Gem. ESt	+ 42 + 40 + 2 + 19 + 17 + 2 + 17 + 6	- - - - - - - -	- - - - - - - -	+ 16 + 15 + 1 + 7 + 6 + 1 + 6 + 3	+ 32 + 30 + 2 + 15 + 13 + 2 + 13 + 4
57	bisher: § 34 c Abs. 4 EStG (neue Systematik: § 63 EStG 99) Besteuerung von ausländischen Einkünften mit 80 v. H. des Gesamtgewinns aus Handelsschiffen im internationalen Verkehr mit dem vollen Steuersatz anstelle des bisherigen halben Steuersatzes	Insg. ESt SolZ Bund ESt SolZ Länder ESt Gem. ESt	+ 21 + 20 + 1 + 10 + 9 + 1 + 9 + 2	- - - - - - - -	+ 16 + 15 + 1 + 7 + 6 + 1 + 6 + 3	+ 21 + 20 + 1 + 10 + 9 + 1 + 9 + 2	+ 21 + 20 + 1 + 10 + 9 + 1 + 9 + 2
58	Finanzielle Auswirkungen der Maßnahmen bei Einkünften aus Gewerbebetrieb	Insg. Bund Länder Gem.	+300 +137 +122 + 41	- - - -	+ 16 + 7 + 6 + 3	+100 + 46 + 41 + 13	+264 +121 +107 + 36

Lfd. Nr.	Maßnahme	Steuerart/ Gebiets- körper- schaft	Ent- stehungs- jahr ¹⁾	Rechnungsjahr ²⁾			
				1998	1999	2000	2001
59	4.3 Einkünfte aus Selbständiger Arbeit						
	bisher:	Insg.	+ 116	-	-	+ 32	+ 74
	§ 18 Abs. 3 und § 16 Abs. 4 EStG	ESt	+ 110	-	-	+ 30	+ 70
	(neue Systematik: § 31 und 32 EStG 99)	SolZ	+ 6	-	-	+ 2	+ 4
	Streichung des Freibetrags in Höhe von 60 000 DM für die Gewinne aus der Veräußerung oder Aufgabe von Betrieben, Teilbetrieben oder Mitunternehmeranteilen	Bund	+ 53	-	-	+ 15	+ 34
		ESt	+ 47	-	-	+ 13	+ 30
		SolZ	+ 6	-	-	+ 2	+ 4
		Länder					
		ESt	+ 47	-	-	+ 13	+ 30
		Gem. ESt	+ 16	-	-	+ 4	+ 10
60	4.4 Einkünfte aus Nichtselbständiger Arbeit						
	bisher:	Insg.	+ 58	-	+ 61	+ 58	+ 58
	§ 8 Abs. 3 EStG	LSt	+ 55	-	+ 58	+ 64	+ 64
	(neue Systematik: § 34 EStG 99)	ESt	-	-	-	9	- 9
		SolZ	+ 3	-	+ 3	+ 3	+ 3
	Halbierung des Wertabschlages bei Arbeitnehmer-Rabatten von 4 v. H. auf 2 v. H. des Endpreises und Halbierung des Steuerfreibetrags für Arbeitnehmer-Rabatte von bisher 2400 DM auf 1200 DM	Bund	+ 26	-	+ 28	+ 26	+ 26
		LSt	+ 23	-	+ 25	+ 27	+ 27
		ESt	-	-	-	4	- 4
		SolZ	+ 3	-	+ 3	+ 3	+ 3
		Länder					
		LSt	+ 23	-	+ 25	+ 27	+ 27
		ESt	-	-	-	4	- 4
		Gem.					
		LSt	+ 9	-	+ 8	+ 9	+ 9
61	bisher:	LSt	+ 9	-	+ 8	+ 10	+ 10
		ESt	-	-	-	1	- 1
	§ 9 Abs. 1 Nr. 4 EStG	Insg.	+3 693	-	+3 139	+3 735	+3 787
	(neue Systematik: § 35 EStG 99)	LSt	+2 800	-	+2 975	+3 290	+3 335
		ESt	+ 700	-	-	+ 250	+ 255
		SolZ	+ 193	-	+ 164	+ 195	+ 197
	Einführung einer Entfernungspauschale von 0,40 DM pro Entfernungskilometer anstelle des bisherigen differenzierten Kilometer-Pauschetrags für die Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte; Entfernungen bis 15 km werden nicht berücksichtigt, die Kosten ab dem 16. Kilometer werden zusätzlich zum Arbeitnehmer-Pauschbetrag ggf. zusätzlich zu höheren sonstigen Werbungskosten berücksichtigt	Bund	+1 681	-	+1 428	+1 699	+1 722
		LSt	+1 190	-	+1 264	+1 398	+1 417
		ESt	+ 298	-	-	+ 106	+ 108
		SolZ	+ 193	-	+ 164	+ 195	+ 197
		Länder					
		LSt	+1 488	-	+1 264	+1 504	+1 525
		ESt	+ 298	-	-	+ 106	+ 108
		Gem.					
		LSt	+ 524	-	+ 447	+ 532	+ 540
		ESt	+ 420	-	+ 447	+ 494	+ 501
			+ 104	-	-	+ 38	+ 39

Siehe Fußnoten auf Seite 4

Lfd. Nr.	Maßnahme	Steuerart/ Gebietskörperschaft	Entstehungsjahr ¹⁾	Rechnungsjahr ²⁾			
				1998	1999	2000	2001
62	bisher:	Insg.	+ 3 482	–	+ 4 072	+ 3 545	+ 3 598
	§ 9a Satz 1 Nr. 1 Buchstabe a EStG	LSt	+ 3 630	–	+ 3 860	+ 4 270	+ 4 335
	(neue Systematik:	ESt	– 330	–	–	– 910	– 925
	§ 36 EStG 99)	SolZ	+ 182	–	+ 212	+ 185	+ 188
	Senkung des Arbeitnehmer-Pauschbetrags für Werbungskosten von 2 000 DM auf 1 300 DM	Bund	+ 1 585	–	+ 1 853	+ 1 613	+ 1 637
		LSt	+ 1 543	–	+ 1 641	+ 1 815	+ 1 842
		ESt	– 140	–	–	– 387	– 393
		SolZ	+ 182	–	+ 212	+ 185	+ 188
		Länder	+ 1 403	–	+ 1 641	+ 1 428	+ 1 449
		LSt	+ 1 543	–	+ 1 641	+ 1 815	+ 1 842
		ESt	– 140	–	–	– 387	– 393
		Gem.	+ 494	–	+ 578	+ 504	+ 512
		LSt	+ 544	–	+ 578	+ 640	+ 651
		ESt	– 50	–	–	– 136	– 139
63	bisher:	Insg.	+ 686	–	+ 729	+ 720	+ 729
	§ 19 Abs. 2 EStG	LSt	+ 650	–	+ 691	+ 786	+ 800
	(neue Systematik:	ESt	–	–	–	– 104	– 109
	§ 37 EStG 99)	SolZ	+ 36	–	+ 38	+ 38	+ 38
	Halbierung des Höchstbetrags für den Versorgungsfreibetrag von bisher 6 000 DM auf 3 000 DM für Versorgungsbezüge über 36 000 DM pro Jahr	Bund	+ 312	–	+ 332	+ 328	+ 332
		LSt	+ 276	–	+ 294	+ 334	+ 340
		ESt	–	–	–	– 44	– 46
		SolZ	+ 36	–	+ 38	+ 38	+ 38
		Länder	+ 276	–	+ 294	+ 290	+ 294
		LSt	+ 276	–	+ 294	+ 334	+ 340
		ESt	–	–	–	– 44	– 46
		Gem.	+ 98	–	+ 103	+ 102	+ 103
		LSt	+ 98	–	+ 103	+ 118	+ 120
		ESt	–	–	–	– 16	– 17
64	bisher:	Insg.	+ 84	–	+ 79	+ 84	+ 84
	§ 19a EStG	LSt	+ 80	–	+ 75	+ 80	+ 80
	(neue Systematik: –)	SolZ	+ 4	–	+ 4	+ 4	+ 4
	Streichung des Steuerfreibetrages von 300 DM für die Überlassung von Vermögensbeteiligungen des Arbeitgebers an seine Arbeitnehmer	Bund	+ 38	–	+ 36	+ 38	+ 38
		LSt	+ 34	–	+ 32	+ 34	+ 34
		SolZ	+ 4	–	+ 4	+ 4	+ 4
		Länder	+ 34	–	+ 32	+ 34	+ 34
		LSt	+ 34	–	+ 32	+ 34	+ 34
		Gem.	+ 12	–	+ 11	+ 12	+ 12
		LSt	+ 12	–	+ 11	+ 12	+ 12
65	bisher:	Insg.	– 55	–	– 51	– 55	– 55
	§ 40 Abs. 2 EStG	LSt	– 50	–	– 46	– 50	– 50
	(neue Systematik:	SolZ	– 5	–	– 5	– 5	– 5
	§ 90 EStG 99)						
	Senkung des Pauschsteuersatzes von 25 v. H. auf 20 v. H. für Zuschüsse zu Mahlzeiten und für Arbeitslohn bei Betriebsveranstaltungen und für Verpflegungsmehraufwendungen; Wegfall der Möglichkeit zur Pauschalbesteuerung von 25 v. H. bei Erholungsbeihilfen	Bund	– 26	–	– 25	– 26	– 26
		LSt	– 21	–	– 20	– 21	– 21
		SolZ	– 5	–	– 5	– 5	– 5
		Länder	– 21	–	– 20	– 21	– 21
		LSt	– 21	–	– 20	– 21	– 21
		Gem.	– 8	–	– 6	– 8	– 8
		LSt	– 8	–	– 6	– 8	– 8

Siehe Fußnoten auf Seite 4

Lfd. Nr.	Maßnahme	Steuerart/ Gebiets- körper- schaft	Ent- stehungs- jahr ¹⁾	Rechnungsjahr ²⁾			
				1998	1999	2000	2001
66	Finanzielle Auswirkungen der Maßnahmen bei Einkünften aus Nichtselbständiger Arbeit	Insg.	+ 7 948	–	+ 8 029	+ 8 087	+ 8 201
		Bund	+ 3 616	–	+ 3 652	+ 3 678	+ 3 729
		Länder	+ 3 203	–	+ 3 236	+ 3 258	+ 3 304
		Gem.	+ 1 129	–	+ 1 141	+ 1 151	+ 1 168
	<i>4.5 Einkünfte aus Kapitalvermögen</i>						
67	bisher: § 20 Abs. 4 EStG (neue Systematik: § 38 EStG 99) Halbierung des Sparer- Freibetrags von bisher 6 000 DM auf 3 000 DM	Insg.	+ 3 028	–	+ 2 073	+ 3 065	+ 3 276
		ESt	+ 250	–	–	+ 190	+ 260
		Zins- Absch.	+ 2 620	–	+ 1 965	+ 2 715	+ 2 845
		SolZ	+ 158	–	+ 108	+ 160	+ 171
		Bund	+ 1 417	–	+ 973	+ 1 436	+ 1 534
		ESt	+ 106	–	–	+ 81	+ 111
		Zins- Absch.	+ 1 153	–	+ 865	+ 1 195	+ 1 252
		SolZ	+ 158	–	+ 108	+ 160	+ 171
		Länder	+ 1 259	–	+ 865	+ 1 276	+ 1 363
		ESt	+ 106	–	–	+ 81	+ 111
		Zins- Absch.	+ 1 153	–	+ 865	+ 1 195	+ 1 252
		Gem.	+ 352	–	+ 235	+ 353	+ 379
68	§ 4 Nr. 5 und § 6 Abs. 2 Nr. 6 VersStG Erhebung einer Versiche- rungsteuer von 3 v. H. auf Beiträge von Kapitallebensversicherungen und von 15 v. H. auf Beiträge von Risikolebensversicherungen ab 1. Januar 1999	VersSt					
		Bund	+ 3 150	–	+ 2 890	+ 3 150	+ 3 150
69	Finanzielle Auswirkungen der Maßnahmen bei Einkünften aus Kapitalvermögen	Insg.	+ 6 178	–	+ 4 963	+ 6 215	+ 6 426
		Bund	+ 4 567	–	+ 3 863	+ 4 586	+ 4 684
		Länder	+ 1 259	–	+ 865	+ 1 276	+ 1 363
		Gem.	+ 352	–	+ 235	+ 353	+ 379
	<i>4.6 Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung</i>						
70	bisher: § 7 Abs. 5 Satz 1 Nr. 3 Buchstabe b EStG (neue Systematik: § 23 EStG 99) Abschaffung der degressiven Abschreibung für Wohngebäude im Privatvermögen und Einführung einer linearen Abschreibung von 3 v. H. für neue Wohngebäude ⁶⁾	Insg.	+ 844	–	+ 53	+ 237	+ 517
		ESt	+ 800	–	+ 50	+ 225	+ 490
		SolZ	+ 44	–	+ 3	+ 12	+ 27
		Bund	+ 384	–	+ 24	+ 108	+ 235
		ESt	+ 340	–	+ 21	+ 96	+ 208
		SolZ	+ 44	–	+ 3	+ 12	+ 27
		Länder					
		ESt	+ 340	–	+ 21	+ 96	+ 208
		Gem.					
		ESt	+ 120	–	+ 8	+ 33	+ 74

Siehe Fußnoten auf Seite 4

Lfd. Nr.	Maßnahme	Steuerart/ Gebietskörperschaft	Entstehungsjahr ¹⁾	Rechnungsjahr ²⁾			
				1998	1999	2000	2001
71	bisher: § 7h EStG (neue Systematik: –) Abschaffung der erhöhten Absetzungen von Herstellungskosten an Gebäuden in Sanierungs- und Entwicklungsgebieten	Insg.	+ 11	–	.	+ 16	+ 42
		ESt	+ 10	–	.	+ 15	+ 40
		SolZ	+ 1	–	.	+ 1	+ 2
		Bund	+ 5	–	.	+ 7	+ 19
		ESt	+ 4	–	.	+ 6	+ 17
		SolZ	+ 1	–	.	+ 1	+ 2
72	bisher: § 7i EStG (neue Systematik: § 25 EStG 99) Senkung der erhöhten Absetzung von Herstellungskosten an Gebäuden, die Baudenkmale sind, von bisher 10 v. H. auf 5 v. H. und Beschränkung auf Baudenkmale, die mindestens 50 Jahre alt sind	Länder					
		ESt	+ 4	–	.	+ 6	+ 17
		Gem.					
		ESt	+ 2	–	.	+ 3	+ 6
		Insg.	+ 11	–	.	+ 16	+ 42
		ESt	+ 10	–	.	+ 15	+ 40
73	bisher: §§ 11a und 11b EStG und § 82b EStDV (neue Systematik: § 82b EStDV) Abschaffung der Möglichkeit zur Verteilung von größerem Erhaltungsaufwand auf bis zu 5 Jahre für Wohngebäude sowie für Baudenkmale und Gebäude in Sanierungs- und Entwicklungsgebieten	SolZ	+ 1	–	.	+ 1	+ 2
		Bund	+ 5	–	.	+ 7	+ 19
		ESt	+ 4	–	.	+ 6	+ 17
		SolZ	+ 1	–	.	+ 1	+ 2
		Länder					
		ESt	+ 4	–	.	+ 6	+ 17
74	Finanzielle Auswirkungen der Maßnahmen bei Einkünften aus Vermietung und Verpachtung	Gem.	+ 2	–	.	+ 3	+ 6
		ESt/					
		SolZ	.	.	.	.	.
		Insg.	+ 866	–	+ 53	+ 269	+ 601
		Bund	+ 394	–	+ 24	+ 122	+ 273
		Länder	+ 348	–	+ 21	+ 108	+ 242
75	bisher: § 22 Nr. 1 Satz 3 Buchstabe a EStG (neue Systematik: § 41 EStG 99) Neuregelung der Altersbesteuerung – Renten mit steuerfreiem Arbeitgeberanteil werden zu 50 v. H. steuerpflichtig, – Renten ohne steuerfreien Arbeitgeberanteil, Renten aus Lebensversicherungen und aus der landwirtschaftlichen Alterskasse werden zu 30 v. H. steuerpflichtig	Gem.	+ 124	–	+ 8	+ 39	+ 86
		4.7 Einkünfte aus Sonstigen Einkünften					
		Insg.	+ 2 500	–	+ 1 546	+ 3 450	+ 2 500
		ESt	+ 2 370	–	+ 1 465	+ 3 270	+ 2 370
		SolZ	+ 130	–	+ 81	+ 180	+ 130
		Bund	+ 1 137	–	+ 704	+ 1 570	+ 1 137
76	bisher: § 22 Nr. 1 Satz 3 Buchstabe a EStG (neue Systematik: § 41 EStG 99) Neuregelung der Altersbesteuerung – Renten mit steuerfreiem Arbeitgeberanteil werden zu 50 v. H. steuerpflichtig, – Renten ohne steuerfreien Arbeitgeberanteil, Renten aus Lebensversicherungen und aus der landwirtschaftlichen Alterskasse werden zu 30 v. H. steuerpflichtig	ESt	+ 1 007	–	+ 623	+ 1 390	+ 1 007
		SolZ	+ 130	–	+ 81	+ 180	+ 130
		Länder					
		ESt	+ 1 007	–	+ 623	+ 1 390	+ 1 007
		Gem.					
		ESt	+ 356	–	+ 219	+ 490	+ 356

Siehe Fußnoten auf Seite 4

Lfd. Nr.	Maßnahme	Steuerart/ Gebietskörperschaft	Entstehungsjahr ¹⁾	Rechnungsjahr ²⁾			
				1998	1999	2000	2001
76	bisher:	Insg.	+ 5	–	+ 5	+ 5	+ 5
	§ 22 Nr. 4 Satz 4 Buchstabe b EStG	ESt	+ 5	–	+ 5	+ 5	+ 5
	(neue Systematik: § 40 EStG 99)	SolZ	–	–	–	–	–
	Halbierung des Versorgungsfreibetrags für Altersentschädigungen und für Waisengeld an Abkömmlinge von Abgeordneten von bisher höchstens 6 000 DM auf 3 000 DM	Bund	+ 2	–	+ 2	+ 2	+ 2
		ESt	+ 2	–	+ 2	+ 2	+ 2
77		SolZ	–	–	–	–	–
		Länder	+ 2	–	+ 2	+ 2	+ 2
		ESt	+ 1	–	+ 1	+ 1	+ 1
		Gem.	+ 1	–	+ 1	+ 1	+ 1
		ESt	+ 1	–	+ 1	+ 1	+ 1
77	Finanzielle Auswirkungen der Maßnahmen bei Einkünften aus Sonstigen Einkünften	Insg.	+ 2 505	–	+ 1 551	+ 3 455	+ 2 505
		Bund	+ 1 139	–	+ 706	+ 1 572	+ 1 139
		Länder	+ 1 009	–	+ 625	+ 1 392	+ 1 009
		Gem.	+ 357	–	+ 220	+ 491	+ 357
		ESt	+ 357	–	+ 220	+ 491	+ 357
78	5. Private Abzüge						
	bisher:	Insg.	+ 338	–	+ 311	+ 353	+ 369
	§ 24a EStG	ESt	+ 320	–	+ 295	+ 335	+ 350
	(neue Systematik: § 44 EStG 99)	SolZ	+ 18	–	+ 16	+ 18	+ 19
	Halbierung des Höchstbetrages für den Altersentlastungsbetrag von bisher 3 720 DM auf 1 860 DM	Bund	+ 154	–	+ 141	+ 160	+ 168
79		ESt	+ 136	–	+ 125	+ 142	+ 149
		SolZ	+ 18	–	+ 16	+ 18	+ 19
		Länder	+ 136	–	+ 125	+ 142	+ 149
		ESt	+ 48	–	+ 45	+ 51	+ 52
		Gem.	+ 48	–	+ 45	+ 51	+ 52
79	6. Sonderausgaben						
	bisher:	Insg.	+ 158	–	–	+ 121	+ 158
	§ 10 Abs. 1 Nr. 5 EStG	ESt	+ 150	–	–	+ 115	+ 150
	(neue Systematik: § 45 EStG 99)	SolZ	+ 8	–	–	+ 6	+ 8
	Streichung der Berücksichtigung von Zinsen für Nachforderungen und Stundung von Steuern sowie von Aussetzungszinsen als Sonderausgaben	Bund	+ 72	–	–	+ 55	+ 72
80		ESt	+ 64	–	–	+ 49	+ 64
		SolZ	+ 8	–	–	+ 6	+ 8
		Länder	+ 64	–	–	+ 49	+ 64
		ESt	+ 22	–	–	+ 17	+ 22
		Gem.	+ 22	–	–	+ 17	+ 22
80	bisher:	Insg.	+ 11	–	–	+ 11	+ 11
	§ 10 Abs. 1 Nr. 9 EStG	ESt	+ 10	–	–	+ 10	+ 10
	(neue Systematik: § 45 EStG 99)	SolZ	+ 1	–	–	+ 1	+ 1
	Streichung der Berücksichtigung von Schulgeld für ein Kind des Steuerpflichtigen als Sonderausgaben	Bund	+ 5	–	–	+ 5	+ 5
		ESt	+ 4	–	–	+ 4	+ 4
		SolZ	+ 1	–	–	+ 1	+ 1
		Länder	+ 4	–	–	+ 4	+ 4
		ESt	+ 2	–	–	+ 2	+ 2
		Gem.	+ 2	–	–	+ 2	+ 2
		ESt	+ 2	–	–	+ 2	+ 2

Siehe Fußnoten auf Seite 4

Lfd. Nr.	Maßnahme	Steuerart/ Gebiets- körper- schaft	Ent- stehungs- jahr ¹⁾	Rechnungsjahr ²⁾			
				1998	1999	2000	2001
81	bisher: § 10 d Abs. 1 EStG (neue Systematik: § 54 EStG 99) Begrenzung des Verlust- rücktrages auf ein Jahr ab Veranlagungszeitraum 1997	Insg.	–	+ 500	+ 450	–	–
		ESt	–	+ 330	+ 295	–	–
		KSt	–	+ 145	+ 130	–	–
		SolZ	–	+ 25	+ 25	–	–
		Bund	–	+ 238	+ 215	–	–
		ESt	–	+ 140	+ 125	–	–
		KSt	–	+ 73	+ 65	–	–
		SolZ	–	+ 25	+ 25	–	–
		Länder	–	+ 212	+ 190	–	–
		ESt	–	+ 140	+ 125	–	–
		KSt	–	+ 72	+ 65	–	–
		Gem.	–	+ 50	+ 45	–	–
	Änderungen bereits durch Steuerreformgesetz 1998:	Insg.	–	+ 500	+ 500	–	–
		Bund	–	+ 238	+ 238	–	–
		Länder	–	+ 212	+ 212	–	–
		Gem.	–	+ 50	+ 50	–	–
	Noch verbleibende Auswirkungen für Steuerreformgesetz 1999:	Insg.	–	–	– 50	–	–
		Bund	–	–	– 23	–	–
		Länder	–	–	– 22	–	–
		Gem.	–	–	– 5	–	–
82	bisher: § 10 d Abs. 2 EStG (neue Systematik: § 54 EStG 99) Begrenzung des Verlustvortrages auf die Hälfte des Gesamtbetrags der Einkünfte bzw. auf die Hälfte des Gewerbeertrages für Beträge, die 2 Mio. DM übersteigen	Insg.	+1 260	+ 782	+1 100	+1 230	+1 026
		GewSt	+ 295	+ 165	+ 245	+ 280	+ 245
		ESt	+ 340	+ 225	+ 305	+ 330	+ 250
		KSt	+ 575	+ 360	+ 505	+ 570	+ 490
		SolZ	+ 50	+ 32	+ 45	+ 50	+ 41
		Bund	+ 497	+ 316	+ 440	+ 489	+ 404
		GewSt	+ 14	+ 8	+ 12	+ 14	+ 12
		ESt	+ 145	+ 96	+ 130	+ 140	+ 106
		KSt	+ 288	+ 180	+ 253	+ 285	+ 245
		SolZ	+ 50	+ 32	+ 45	+ 50	+ 41
		Länder	+ 476	+ 301	+ 417	+ 464	+ 385
		GewSt	+ 44	+ 25	+ 35	+ 39	+ 34
		ESt	+ 145	+ 96	+ 130	+ 140	+ 106
		KSt	+ 287	+ 180	+ 252	+ 285	+ 245
		Gem.	+ 287	+ 165	+ 243	+ 277	+ 237
		GewSt	+ 237	+ 132	+ 198	+ 227	+ 199
		ESt	+ 50	+ 33	+ 45	+ 50	+ 38
	Änderungen bereits durch Steuerreformgesetz 1998:	Insg.	+1 559	+ 782	+1 152	+1 314	+1 121
		Bund	+ 629	+ 316	+ 465	+ 532	+ 452
		Länder	+ 599	+ 301	+ 441	+ 502	+ 428
		Gem.	+ 331	+ 165	+ 246	+ 280	+ 241
	Noch verbleibende Auswirkungen für Steuerreformgesetz 1999:	Insg.	– 299	–	– 52	– 84	– 95
		Bund	– 132	–	– 25	– 43	– 48
		Länder	– 123	–	– 24	– 38	– 43
		Gem.	– 44	–	– 3	– 3	– 4

Lfd. Nr.	Maßnahme	Steuerart/ Gebietskörper- schaft	Ent- stehungs- jahr ¹⁾	Rechnungsjahr ²⁾			
				1998	1999	2000	2001
83	bisher: § 10f EStG (neue Systematik: § 52 EStG 99) Senkung der Abziehbarkeit von Herstellungs- und Erhaltungs- kosten an einem zu eigenen Wohn- zwecken genutzten Baudenkmal auf 5 v. H. für 20 Jahre und Be- schränkung auf Baudenkmale, die mindestens 50 Jahre alt sind; Strei- chung der Abziehbarkeit für Ge- bäude, die zu einem Sanierungs- und Entwicklungsgebiet gehören	EST/ SolZ					
84	bisher: § 10g EStG (neue Systematik: § 53 EStG 99) Senkung des Abzugs der Her- stellungs- und Erhaltungskosten an inländischen schutzwürdigen Kulturgütern von 10 v. H. auf 5 v. H.	EST/ SolZ					
85	bisher: § 10i EStG (neue Systematik: –) Streichung des Vorkostenabzugs bei eigenheimzulagebegünstigten Wohnungen	Insg.	+ 591	–	+ 501	+ 543	+ 591
		LSt	+ 110	–	+ 115	+ 128	+ 128
		ESt	+ 450	–	+ 360	+ 387	+ 432
		SolZ	+ 31	–	+ 26	+ 28	+ 31
		Bund	+ 269	–	+ 228	+ 246	+ 269
		LSt	+ 47	–	+ 49	+ 54	+ 54
		ESt	+ 191	–	+ 153	+ 164	+ 184
		SolZ	+ 31	–	+ 26	+ 28	+ 31
		Länder	+ 238	–	+ 202	+ 218	+ 238
		LSt	+ 47	–	+ 49	+ 54	+ 54
		ESt	+ 191	–	+ 153	+ 164	+ 184
		Gem.	+ 84	–	+ 71	+ 79	+ 84
		LSt	+ 16	–	+ 17	+ 20	+ 20
		ESt	+ 68	–	+ 54	+ 59	+ 64
86	Finanzielle Auswirkungen der Maßnahmen bei Sonderausgaben	Insg.	+2 020	+1 282	+2 051	+1 905	+1 786
		Bund	+ 843	+ 554	+ 883	+ 795	+ 750
		Länder	+ 782	+ 513	+ 809	+ 735	+ 691
		Gem.	+ 395	+ 215	+ 359	+ 375	+ 345
	Änderungen bereits durch Steuerreformgesetz 1998:	Insg.	+1 559	+1 282	+1 652	+1 314	+1 121
		Bund	+ 629	+ 554	+ 703	+ 532	+ 452
		Länder	+ 599	+ 513	+ 653	+ 502	+ 428
		Gem.	+ 331	+ 215	+ 296	+ 280	+ 241
	Noch verbleibende Auswirkungen für Steuerreformgesetz 1999:	Insg.	+ 461	–	+ 399	+ 591	+ 665
		Bund	+ 214	–	+ 180	+ 263	+ 298
		Länder	+ 183	–	+ 156	+ 233	+ 263
		Gem.	+ 64	–	+ 63	+ 95	+ 104
87	7. Außergewöhnliche Belastung bisher: § 33b Abs. 1 bis 5 EStG (neue Systematik: § 50 EStG 99) Streichung des Hinterbliebenen- Pauschbetrags	EST/ SolZ					

Siehe Fußnoten auf Seite 4

Lfd. Nr.	Maßnahme	Steuerart/ Gebiets- körperschaft	Ent- stehungs- jahr ¹⁾	Rechnungsjahr ²⁾			
				1998	1999	2000	2001
	8. Tarifliche Regelungen						
88	bisher:	Insg.	+ 5 301	–	+ 1 060	+ 2 917	+ 5 301
	§ 34 Abs. 1 und 3 EStG	ESt	+ 5 025	–	+ 1 005	+ 2 765	+ 5 025
	(neue Systematik: § 61 EStG 99)	SolZ	+ 276	–	+ 55	+ 152	+ 276
	Ab 1. Januar 1999 Streichung der Gewährung des halben	Bund	+ 2 412	–	+ 482	+ 1 327	+ 2 412
	durchschnittlichen Steuersatzes	ESt	+ 2 136	–	+ 427	+ 1 175	+ 2 136
	für außerordentliche Einkünfte und rechnerische Verteilung der außerordentlichen Einkünfte und der Einkünfte aus Vergütungen für eine mehrjährige Tätigkeit auf 7 Jahre	SolZ	+ 276	–	+ 55	+ 152	+ 276
		Länder					
		ESt	+ 2 136	–	+ 427	+ 1 175	+ 2 136
		Gem.					
		ESt	+ 753	–	+ 151	+ 415	+ 753
89	bisher:	Insg.	+ 11	–	–	–	+ 11
	§ 35 EStG	ESt	+ 10	–	–	–	+ 10
	(neue Systematik: –)	SolZ	+ 1	–	–	–	+ 1
	Abschaffung der Steuer- ermäßigung bei Belastung mit Erbschaftsteuer	Bund	+ 5	–	–	–	+ 5
		ESt	+ 4	–	–	–	+ 4
		SolZ	+ 1	–	–	–	+ 1
		Länder					
		ESt	+ 4	–	–	–	+ 4
		Gem.					
		ESt	+ 2	–	–	–	+ 2
90	bisher: § 37 EStG (neue Systematik: § 79 EStG 99) Anpassung der Vorauszahlungen im Zusammenhang mit der Senkung der Steuersätze nur auf Antrag mit Verpflichtung des Steuerpflichtigen, den Umfang der zu erwartenden Veränderun- gen der Bemessungsgrundlage gleichzeitig zu erklären ⁷⁾	ESt/ KSt/ SolZ	–	–	–	–	–
91	Finanzielle Auswirkungen der Maßnahmen bei tariflichen Regelungen	Insg.	+ 5 312	–	+ 1 060	+ 2 917	+ 5 312
		Bund	+ 2 417	–	+ 482	+ 1 327	+ 2 417
		Länder	+ 2 140	–	+ 427	+ 1 175	+ 2 140
		Gem.	+ 755	–	+ 151	+ 415	+ 755
92	Finanzielle Auswirkungen der Maßnahmen zur Verbreiterung der Bemessungsgrundlage insgesamt	Insg.	+ 52 916	+ 11 817	+ 42 615	+ 50 055	+ 51 435
		Bund	+ 22 898	+ 4 216	+ 18 303	+ 21 576	+ 22 422
		Länder	+ 18 577	+ 4 192	+ 14 598	+ 17 313	+ 17 969
		Gem.	+ 11 441	+ 3 409	+ 9 714	+ 11 166	+ 11 044
	Änderungen bereits durch Steuerreformgesetz 1998:	Insg.	+ 20 080	+ 11 817	+ 22 448	+ 21 912	+ 17 643
		Bund	+ 7 057	+ 4 216	+ 7 883	+ 7 615	+ 6 101
		Länder	+ 7 062	+ 4 192	+ 7 828	+ 7 552	+ 6 041
		Gem.	+ 5 961	+ 3 409	+ 6 737	+ 6 745	+ 5 501
	Noch verbleibende Auswirkungen für Steuerreformgesetz 1999:	Insg.	+ 32 836	–	+ 20 167	+ 28 143	+ 33 792
		Bund	+ 15 841	–	+ 10 420	+ 13 961	+ 16 321
		Länder	+ 11 515	–	+ 6 770	+ 9 761	+ 11 928
		Gem.	+ 5 480	–	+ 2 977	+ 4 421	+ 5 543

Siehe Fußnoten auf Seite 4

Lfd. Nr.	Maßnahme	Steuerart/ Gebiets- körper- schaft	Ent- stehungs- jahr ¹⁾	Rechnungsjahr ²⁾					
				1998	1999	2000	2001		
C. Sonstige Maßnahmen im Zusammenhang mit der Steuerreform 1999									
93	§ 35 a EStG 99, § 26 Abs. 6 Satz 4 KStG und § 7 Satz 2 GewStG Pauschale Gewinnermittlung bei Betrieb von Handelsschiffen unter deutscher Flagge im internation- alen Verkehr anhand des Tonnagegewichts des Schiffes („Tonnagebesteuerung“) (Steuerreformgesetz 1999)	Insg.	- 120	-	- 93	- 98	- 114		
		GewSt ³⁾	- 45	-	- 35	- 35	- 40		
		ESt	- 20	-	- 15	- 15	- 20		
		KSt	- 50	-	- 40	- 45	- 50		
		SolZ	- 5	-	- 3	- 3	- 4		
		Bund	- 43	-	- 32	- 35	- 41		
		GewSt ³⁾	- 4	-	- 3	- 3	- 3		
		ESt	- 9	-	- 6	- 6	- 9		
		KSt	- 25	-	- 20	- 23	- 25		
		SolZ	- 5	-	- 3	- 3	- 4		
		Länder	- 42	-	- 32	- 34	- 41		
		GewSt ³⁾	- 8	-	- 6	- 6	- 7		
		ESt	- 9	-	- 6	- 6	- 9		
		KSt	- 25	-	- 20	- 22	- 25		
		Gem.	- 35	-	- 29	- 29	- 32		
		GewSt ³⁾	- 33	-	- 26	- 26	- 30		
		ESt	- 2	-	- 3	- 3	- 2		
94	§ 94 Abs. 4 EStG Teilweise Nichtabführung von Lohnsteuer bei Seeleuten (Steuerreformgesetz 1999)	LSt							
		Insg.	- 50	-	- 45	- 50	- 50		
		Bund	- 21	-	- 19	- 21	- 21		
		Länder	- 21	-	- 19	- 21	- 21		
		Gem.	- 8	-	- 7	- 8	- 8		
95	Solidaritätszuschlag § 4 SolZG Ab 1. Januar 1998 Senkung des Solidaritätszuschlages von 7,5 v. H. um 2 v. H.-Punkte auf 5,5 v. H. (Steuerreformgesetz 1998)	SolZ							
		Bund	-7 400	-7 130	-7 730	-8 330	-8 970		
96	§ 3 Nr. 1 KraftStG Wiedereinführung der vollstän- digen Steuerbefreiung für zulassungsfreie Fahrzeuge (Steuerreformgesetz 1998)	KraftSt							
		Länder	- 170	- 170	- 170	- 170	- 170		
97	§ 1 Abs. 1 FAG Rückübertragung von Anteilen am Umsatzsteueraufkommen an den Bund (Steuerreformgesetz 1998)	USt							
		Insg.	-	-	-	-	-		
		Bund	+3 500	+3 500	+3 600	+3 800	+3 900		
		Länder	-3 500	-3 500	-3 600	-3 800	-3 900		
98	§ 6 Abs. 3 GFRG Erhöhung des Vervielfältigers für die allgemeine Gewerbe- steuer-Umlage von 38 v. H. um 25 v. H.-Punkte auf 63 v. H. ab 1. Januar 1998 ⁸⁾ (Steuerreformgesetz 1998)	normale GewSt- Umlage							
		Insg.	-	-	-	-	-		
		Bund	+1 573	+1 573	+1 810	+1 883	+1 903		
		Länder	+1 572	+1 572	+1 810	+1 882	+1 902		
		Gem.	-3 145	-3 145	-3 620	-3 765	-3 805		

Siehe Fußnoten auf Seite 4

Lfd. Nr.	Maßnahme	Steuerart/ Gebiets- körper- schaft	Ent- stehungs- jahr ¹⁾	Rechnungsjahr ²⁾			
				1998	1999	2000	2001
99	§ 6 Abs. 3 GFRG Erhöhung des Vervielfältigers für die allgemeine Gewerbe- steuer-Umlage von 63 v. H. um 5 v. H.-Punkte auf 68 v. H. ab 1. Januar 1999 ⁸⁾ (Steuerreformgesetz 1999)	normale GewSt- Umlage Insg. Bund Länder Gem.	- + 368 + 367 - 735	- - - -	- + 368 + 367 - 735	- + 388 + 387 - 775	- + 398 + 397 - 795
100	Finanzielle Auswirkungen der sonstigen Maßnahmen im Zusammenhang mit der Steuerreform 1999	Insg. Bund Länder Gem.	- 7 740 - 2 023 - 1 794 - 3 923	- 7 300 - 2 057 - 2 098 - 3 145	- 8 038 - 2 003 - 1 644 - 4 391	- 8 648 - 2 315 - 1 756 - 4 577	- 9 304 - 2 831 - 1 833 - 4 640
	Änderungen bereits durch Steuerreformgesetz 1998:	Insg. Bund Länder Gem.	- 7 570 - 2 327 - 2 098 - 3 145	- 7 300 - 2 057 - 2 098 - 3 145	- 7 900 - 2 320 - 1 960 - 3 620	- 8 500 - 2 647 - 2 088 - 3 765	- 9 140 - 3 167 - 2 168 - 3 805
	Noch verbleibende Auswirkungen für Steuerreformgesetz 1999:	Insg. Bund Länder Gem.	- 170 + 304 + 304 - 778	- - - -	- 138 + 317 + 316 - 771	- 148 + 332 + 332 - 812	- 164 + 336 + 335 - 835
D. Zusammenfassung							
101	Senkung des Einkommen- und Körperschaftsteuertarifs insgesamt (Pos. 7)	Insg. Bund Länder Gem.	-78 839 -36 655 -32 742 - 9 442	- 5 742 - 2 890 - 2 588 - 264	-79 518 -36 901 -32 969 - 9 648	-82 776 -38 513 -34 409 - 9 854	-87 131 -40 502 -36 171 -10 458
102	Verbreiterung der Bemessungs- grundlage (Pos. 92)	Insg. Bund Länder Gem.	+52 916 +22 898 +18 577 +11 441	+11 817 + 4 216 + 4 192 + 3 409	+42 615 +18 303 +14 598 + 9 714	+50 055 +21 576 +17 313 +11 166	+51 435 +22 422 +17 969 +11 044
103	Sonstige Maßnahmen im Zusammenhang mit der Steuerreform 1999 (Pos. 100)	Insg. Bund Länder Gem.	- 7 740 - 2 023 - 1 794 - 3 923	- 7 300 - 2 057 - 2 098 - 3 145	- 8 038 - 2 003 - 1 644 - 4 391	- 8 648 - 2 315 - 1 756 - 4 577	- 9 304 - 2 831 - 1 833 - 4 640
104	Finanzielle Auswirkungen der Steuerreform insgesamt⁹⁾	Insg. Bund Länder Gem.	-33 663 -15 780 -15 959 - 1 924	- 1 225 - 731 - 494 -	-44 941 -20 601 -20 015 - 4 325	-41 369 -19 252 -18 852 - 3 265	-45 000 -20 911 -20 035 - 4 054
	Änderungen bereits durch Steuerreformgesetz 1998:	Insg. Bund Länder Gem.	+ 6 191 + 1 548 + 2 111 + 2 532	- 1 225 - 731 - 494 -	+ 7 884 + 2 236 + 2 885 + 2 763	+ 5 537 + 1 049 + 1 956 + 2 532	- 90 - 1 326 + 61 + 1 175
	Noch verbleibende Auswirkungen für Steuerreformgesetz 1999:	Insg. Bund Länder Gem.	-39 854 -17 328 -18 070 - 4 456	- - - -	-52 825 -22 837 -22 900 - 7 088	-46 906 -20 301 -20 808 - 5 797	-44 910 -19 585 -20 096 - 5 229

Siehe Fußnoten auf Seite 4

Die Koalitionsfraktionen machten zur Vereinbarkeit der Steuerreformgesetzgebung mit der Haushaltslage deutlich:

1. Vorrangig sei das Ziel, die Steuersätze zu senken, die im internationalen Standortwettbewerb zunehmend stärker zu Orientierungspunkten für Investitionsentscheidungen geworden seien. Die Absenkung der Tarifbelastung werde die deutschen Bemühungen zur Verbesserung der Standortbedingungen nachhaltig unterstreichen. Sie bewirke zugleich eine Stärkung der Arbeits- und Leistungsanreize. Durch die Absenkung der Tarifbelastung werde eine Steuerentlastung erreicht, die von den öffentlichen Haushalten nicht verkraftet werden könne. Die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage begrenze die Steuermindereinnahmen und führe zu einer Gegenfinanzierung. Die breitere Bemessungsgrundlage bedeute aber auch eine Erhöhung der steuerlichen Gerechtigkeit bei gleichzeitiger Steuervereinfachung. Überholte Steuervergünstigungen würden abgeschafft. Zusätzlich zur Verbreiterung der Bemessungsgrundlage solle ein Finanzierungsbeitrag durch die indirekten Steuern erfolgen.
2. Im Umfang der verbleibenden Nettoentlastung müßten die öffentlichen Haushalte zunächst auf Einnahmen verzichten. Verschiedene Aspekte sprächen jedoch dafür, daß die Einbuße bei den Steuereinnahmen der öffentlichen Haushalte geringer sein würden als das Nettoentlastungsvolumen. Solche kompensatorischen Effekte beruhten auf den Impulsen, die von Steuerstrukturreform und Nettoentlastung ausgingen.

Ferner wiesen die Koalitionsfraktionen darauf hin, verstärkte Unternehmensinvestitionen würden zu einer Beschleunigung des Wirtschaftswachstums und einer Zunahme der Beschäftigung führen. Die Erhöhung der Nettoeinkommen stärke den privaten Verbrauch. Hiervon gehe gleichfalls eine Wachstumsbeschleunigung aus. Durch die Reform stiegen die Einkünfte aus versteuerten Erwerbseinkommen im Vergleich zu den Transferseinkommen. Das erhöhe den Anreiz zur Arbeitsaufnahme. Gestiegene Nettoeinkommen würden eine wachstumsfreundliche Lohnzurückhaltung der Gewerkschaften erleichtern. Insgesamt werde die Erwerbstätigkeit zunehmen und die Arbeitslosigkeit vermindert. Die Rückführung der Steuerbelastung werde den Umfang, in dem steuerpflichtiges Einkommen nicht deklariert würde, verringern: Schwarzarbeit nehme ab, und Kapitaltransfer in das Ausland gehe zurück. Verhaltensänderungen dieser Art führten im Ergebnis zu Steuermehreinnahmen, die den Mindereinnahmen durch die Nettoentlastung entgegengewirken würden.

3. Internationale Erfahrungen würden einen wichtigen Grundgedanken der angebotsseitigen Steuerentlastungen bestätigen: Steuersenkungen würden die Anreize zur Einkommenserzielung für Unternehmen und Bürger verbessern, so daß per Saldo das Steueraufkommen weniger sinke, als es die Tarifarithmetik auf den ersten Blick ergebe. Vorreiter bei Konzeption und Umsetzung seien die

USA und Großbritannien. Diese Reformen hätten in beiden Staaten den in der historischen Perspektive außerordentlich langen Wachstumstrend der 80er Jahre mit getragen. Diese Erfahrungen zeigten, niedrigere Steuersätze bei breiterer Bemessungsgrundlage würden insgesamt langfristig nicht zu niedrigeren, sondern zu gleich hohen oder sogar höheren Steuereinnahmen – durch mehr Wachstum, mehr Beschäftigung und weniger Steuerausweichmanöver führen.

4. Abschließend führten die Koalitionsfraktionen aus, die Steuerreform bedürfe der Absicherung über die Ausgabenseite. Notwendig sei die Fortsetzung der konsequenten Ausgabenbegrenzung, die die Finanzpolitik der Bundesregierung schon in den 80er Jahren geprägt habe und in den 90er Jahren habe fortgesetzt werden können. Eine konsequente Ausgabenbegrenzung sei erforderlich, um die öffentlichen Defizite einzuschränken und den Spielraum für steuerliche Entlastungen zu erhalten.

Durch strikte Sparsamkeit sei es gelungen, die Bundesaussgaben sogar absolut zu senken. Im Jahr 1995 seien die Ausgaben des Bundes zum ersten Mal nach 1953 nominal zurückgeführt worden. Mit knapp 13 % erreiche der Anteil der Bundesaussgaben am BIP wieder den niedrigsten Stand seit Mitte der 50er Jahre. Die Staatsquote sinke: Von 50,2 % im Jahr 1996 auf 49,5 % 1997 und 48,5 % 1998. Das bedeute: Der Bund nehme die Wirtschaftskraft trotz hoher Arbeitslosigkeit und trotz der Lasten der Wiedervereinigung nicht stärker in Anspruch als Ende der 80er Jahre. Auch bei der Aufstellung des Bundeshaushalts 1999 seien weitere Konsolidierungsmaßnahmen erforderlich.

Der Konsolidierungsprozeß müsse auf allen Gebietskörperschaftsebenen fortgesetzt werden. Nach dem geltenden Finanzplan würden die Ausgaben des Bundes bis zum Jahr 2000 noch nicht einmal um 1 % pro Jahr wachsen, der Finanzplanungsrat habe sich für den gleichen Zeitraum auf ein jährliches Ausgabenwachstum der öffentlichen Haushalte von etwa 2 % verständigt. Das schaffe ab 1999 die Voraussetzungen um die Nettosteuerentlastung bei gesunder wirtschaftlicher Entwicklung mit der Finanzplanung in Übereinstimmung zu bringen.

Die Fraktion der SPD führte zur Frage der Vereinbarkeit der Steuerreformgesetzgebung mit der Haushaltslage aus:

1. Die Steuerreformgesetze 1998 und 1999 seien mit der Finanzlage des Bundes sowie mit der von Ländern und Gemeinden absolut unvereinbar. Eine Reform der Einkommensbesteuerung sei zwar dringend notwendig, diese Reform müsse aber für Bund, Länder und Gemeinden verkraftbar sein. Nach den Berechnungen der Bundesregierung führten die Gesetze zu Steuerausfällen von insgesamt 45 Mrd. DM im Jahr 1999, davon entfielen 20,6 Mrd. DM auf den Bund. Die Steuerschätzung vom 15. Mai 1997 hätte demgegenüber klargestellt, daß für weitere Steuerausfälle in den Haushalten von Bund, Ländern und Gemeinden kein

Spielraum bestehe. Schon ohne Berücksichtigung der Steuerreformgesetze hätte die Steuerschätzung für die Gebietskörperschaften bis zum Jahr 2000 Steuermindereinnahmen von 118 Mrd. DM aufgedeckt, allein davon entfielen 55 Mrd. DM auf den Bund.

Die Fraktion der SPD kritisierte, daß die von der Koalition eingeplante Rückübertragung von Umsatzsteueranteilen der Länder an den Bund zur Finanzierung der Absenkung des Solidaritätszuschlags einen Verschiebepbahnhof zwischen den Gebietskörperschaftsebenen bedeute und damit keinen Beitrag zur Gesamtdeckung der Steuerreform leiste. In diesem Zusammenhang stellte die Fraktion der SPD fest, daß die finanziellen Auswirkungen der Steuergesetze auf den Bund um 3,5 Mrd. DM zu niedrig angesetzt seien, weil die Änderung der Umsatzsteuerverteilung zugunsten des Bundes eine reine Luftbuchung sei. Denn tatsächlich seien die Leistungen des Bundes weit hinter den Vereinbarungen des föderalen Konsolidierungsprogramms von 1993 zurückgeblieben und würden deshalb einen Anspruch des Bundes auf Mitwirkung der Länder an der Absenkung des Solidaritätszuschlags nicht begründen.

2. Die Fraktion der SPD stellte fest, daß weder die Bundesregierung noch die Koalitionsfraktionen in der Lage gewesen seien, konkrete Aussagen zur Verringerung des mit den Steuerreformgesetzen verbundenen Defizits in Höhe von 20,6 Mrd. DM für den Bund zu machen. Es sei ein in der deutschen Finanzgeschichte einmaliger Vorgang, daß die Koalitionsfraktionen die Verabschiedung des Gesetzentwurfs zur Steuerreform 1999 unter einen Finanzierungsvorbehalt gestellt hätten. Der vage Verweis auf eine Verringerung des Defizits durch Umschichtung von direkten zu indirekten Steuern, Selbstfinanzierung durch Wachstumsimpulse sowie durch weiteres Sparen in den öffentlichen Haushalten wären sämtlich nicht geeignet, als „Möglichkeiten künftiger Deckung“ im Sinne von § 96 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages gewertet zu werden.
3. Nach Auffassung der Fraktion der SPD sei der Hinweis in einer Fußnote, das Defizit durch eine Umschichtung von direkten zu indirekten Steuern zu verringern, sowohl qualitativ wie quantitativ als Deckungsmöglichkeit völlig unzureichend. Vom Haushaltsgesetzgeber bzw. vom Haushaltsausschuß müsse verlangt werden, daß sowohl eine Aussage über den Mindestumfang der für erforderlich gehaltenen Umschichtung zu den indirekten Steuern gemacht werde, und daß darüber hinaus die Steuerart oder auch der Steuermix zu benennen sei. Denn Art und Umfang dieser Refinanzierungsmaßnahmen seien von entscheidender Bedeutung für die mit der Steuerreform verbundenen fiskalischen, beschäftigungs- und konjunkturpolitischen Wirkungen. Wäre die Struktur der Refinanzierung kontraproduktiv, so sei nicht auszuschließen, daß die mit den Steuerreformgesetzen verbundenen Steuerausfälle sogar noch höher ausfielen als von der Bundesregierung bisher geschätzt.

4. Die Fraktion der SPD vertrat die Auffassung, die von den Koalitionsfraktionen behauptete angebliche teilweise Selbstfinanzierung der Steuerreform durch erhöhtes Wirtschaftswachstum sei nicht plausibel. Am 5. März 1997 habe die Bundesregierung in einer Antwort auf die Frage der Abgeordneten Brunhilde Irber (SPD) noch festgestellt:

„Unter der Annahme einer Nettoentlastung von 30 Mrd. DM lassen Modellrechnungen ein günstiges Investitionsklima und ein höheres Wirtschaftswachstum von real etwa 1/2 v.H. möglich erscheinen.“

Daß die Erwartungen auf ein günstigeres Investitionsklima als Folge der Steuerreform gerechtfertigt sind, zeigen die Erfahrungen in anderen Ländern, sowie die Reaktionen von Vertretern der Wirtschaft auf die Steuerreformpläne der Bundesregierung.“

Die Fraktion der SPD hob hervor, daß bisher weder entsprechende Modellrechnungen vorlägen, noch die Übertragbarkeit der Erfahrungen anderer Länder auf den deutschen Wirtschaftsraum belegt sei. Insbesondere aber zeigten die empörten Reaktionen der deutschen Wirtschaft auf die Beschlüsse der Regierungskoalitionen, daß die Vertreter der Wirtschaft die jüngsten Steuerreformbeschlüsse nicht nur ablehnten, sondern für das künftige Investitionsklima geradezu für verhängnisvoll hielten. Nach Einschätzung der Wirtschaft würde sich das Investitionsklima in Deutschland dadurch sogar verschlechtern. Damit sei die Erwartung der Bundesregierung vom Frühjahr dieses Jahres nicht nur ad absurdum geführt, sondern es müsse sogar befürchtet werden, daß es zu zusätzlichen Belastungen des Investitionsklimas käme. Aber selbst die von der Bundesregierung unterstellte Belebung des Wirtschaftswachstums um 1/2 v.H. würde lediglich zu Steuermehreinnahmen des Gesamtstaates in Höhe von 5 Mrd. DM führen und damit nur marginal zur Lösung des mit den Steuerreformgesetzen verbundenen Deckungsproblems beitragen.

5. Die Fraktion der SPD betonte, die Erwartung von Bundesregierung und Koalitionsfraktionen, die Steuermindereinnahmen durch verschärfte Sparanforderungen bei Bund, Ländern und Gemeinden weitgehend ausgleichen zu können, sei ohne sachliche Substanz. Die Regierungskoalition sei bereits jetzt nicht in der Lage, die Deckungslücken in den Haushalten 1997 und 1998 ohne Überschreitung der Verschuldungsgrenze gemäß Artikel 115 des Grundgesetzes bzw. ohne Veräußerung von Bundesvermögen in der Größenordnung von 20 bis 30 Mrd. DM zu schließen, weil auch von ihr ein entsprechendes Sparvolumen nicht mehr gesehen werde. Um so mehr gelte diese Feststellung auch für die Jahre ab 1999, insbesondere angesichts der Vorbelastung, zunächst die in der Steuerschätzung vom Mai 1997 für diese Jahre ausgewiesenen Steuerausfälle auffangen zu müssen.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN legte zur Vereinbarkeit der Steuerreformgesetzgebung mit der Haushaltslage dar:

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betonte, die Bundesregierung habe die Chance zu einer echten und umfassenden Reform der Einkommensteuer nicht genutzt, und verwies zugleich darauf, daß der Gesetzentwurf der Regierungskoalition finanzpolitisch unsolide, sozial unausgewogen und wirtschaftspolitisch verfehlt sei. Die vorgesehenen Änderungen, gekoppelt mit Steuererhöhungen an anderer Stelle, entsprächen weder in der grundsätzlichen Ausgestaltung noch in den Detailregelungen einer ausgereiften Konzeption für eine mittel- und langfristig tragfähige Neuordnung der Einkommensbesteuerung. Gleichzeitig führe die Steuerpolitik der Bundesregierung zu weiteren dramatischen Einnahmeverlusten der öffentlichen Haushalte und bringe die Finanzen von Ländern und Kommunen weiter in die roten Zahlen. Angesichts der Lage der öffentlichen Haushalte sei eine Senkung des Steueraufkommens nicht zu vertreten.

Ferner machte die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN deutlich, auch mit den zusätzlichen Rettungsmaßnahmen für den Bundeshaushalt 1998 seien die Haushaltslücken nicht zu schließen. Immer noch sei ein durch das Einkommensteuergesetz verursachter Steuerausfall von 0,7 Mrd. DM zu verzeichnen.

Nach Auffassung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ergäben sich durch die Reform der Einkommensbesteuerung für die Jahre 1999 bis 2001 weitere riesige Steuerausfälle: Allein im Jahr 1999 summierte sich der Steuerausfall auf 45 Mrd. DM. Zwar solle ein Teilausgleich der Mindereinnahmen durch eine Mehrwertsteuererhöhung ausgeglichen werden; diese Kompensation, die zu einer Verschiebung der Steuerlasten hin zu den indirekten Steuern führen würde, sei bisher aber nicht quantifiziert. Zur haushaltspolitischen Beurteilung eines Steuergesetzes müsse aber die Gesamtheit der Maßnahmen, d. h. nicht nur die entlastenden Maßnahmen, vorliegen. Dies gelte ebenso für die Beurteilung der längerfristigen Wirkungen der Steuerreform im Hinblick auf Wachstum und Beschäftigung.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellte fest, daß für umfangreiche Nettoentlastungen den öffentlichen Haushalten mindestens bis zum Jahr 2000 die finanziellen Möglichkeiten fehlten. Netto-Steuersenkungen seien angesichts der Entwicklung der Steuerquote auch nicht notwendig. Die Erosion der staatlichen Steuereinnahmen resultiere nicht zuletzt aus den vielen Steuersubventionen und den strukturellen Schwächen der Einkommensteuer. Die Steuerquote sei deshalb innerhalb von nur zwei Jahren von nahezu 24 % auf etwas über 22 % gefallen. Dies bedeute – gemessen an einer stabilen Steuerquote – einen Ausfall an Steuern in Höhe von etwa 100 Mrd. DM. Angesichts weiter steigender Staatsausgaben, insbesondere durch die Finanzierung der Arbeitslosigkeit seien steuerliche Entlastungen finanzwirtschaftlich und ökonomisch nicht zu vertreten.

Darüber hinaus hob die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hervor, daß die Bundesregierung die Ko-

sten der Steuerreform zu einem Teil bei Ländern und Kommunen abladen wolle. Selbst nach den Schätzungen des Finanzministeriums würden die kassenmäßigen Auswirkungen der gesamten Steuerreform zu erheblichen Einnahmefällen der Bundesländer und der Gemeinden führen. Dies sei angesichts der Finanzlage auf allen föderalen Ebenen nicht zu verkraften. Abzulehnen sei auch die Rückübertragung von Umsatzsteuerpunkten von den Ländern auf den Bund zur Teilkompensation der Steuerausfälle durch die Senkung des Solidaritätszuschlages von 7,5 auf 5,5 % (mit einem Ausfall von 7,1 Mrd. DM für 1998) in Höhe von 3,5 Mrd. DM. Die Länder seien durch die Steuerpolitik der Bundesregierung ohnehin mit großen Lasten konfrontiert. Es müsse bezweifelt werden, daß die Länder aufgrund der mangelnden Gestaltungsmöglichkeiten bezüglich des Steuerrechts und der öffentlichen Verschuldungssituation der Länderhaushalte in der Lage seien, eine solche Mehrbelastung zu tragen.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verwies darauf, daß die gesamten Mindereinnahmen, die aus den Maßnahmen der Bundesregierung entstünden, für die Kommunen im Jahr 1999 bei etwa 5 Mrd. DM lägen. Zu berücksichtigen seien dabei nicht nur die unmittelbaren Wirkungen (dies betrifft auch die Anhebung der Gewerbesteuerumlage), sondern zusätzlich auch die mittelbaren Mindereinnahmen, die sich für die Kommunen infolge der Steuermindereinnahmen der Länder über den Steuerverbund im kommunalen Finanzausgleich ergeben würden. Mindereinnahmen in dieser Größenordnung seien für die Kommunen nicht zu verkraften.

Die Gruppe der PDS erklärte hinsichtlich der Vereinbarkeit der Steuerreformgesetzgebung mit der Haushaltslage:

Die Gruppe der PDS hielt die Steuerreform 1998 und 1999 mit der Finanzlage des Bundes wie auch mit der der Länder und Gemeinden in keiner Weise für vereinbar. Die Gesetze würden Steuerausfälle allein beim Bund in zweistelliger Milliardenhöhe beinhalten. Auch die Finanzen von Ländern und Kommunen würden weiter in rote Zahlen gestürzt. Die Bundesregierung könne nicht überzeugend darlegen, wie das entstehende neue Defizit beim Bund gedeckt werden solle. Der in einer Fußnote versteckte Hinweis, die Lücke solle durch Umschichtungen von direkten zu indirekten Steuern verringert werden, sei unseriös und völlig inakzeptabel. Auch der Selbstfinanzierungseffekt der Steuerreform, auf den die Bundesregierung setze, sei angesichts zu erwartender Wachstumsraten eine reine Absichtserklärung.

Weiter führte die Gruppe der PDS aus, daß die Steuerreformgesetze der Bundesregierung sich nicht an dem Prinzip orientierten, die Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit vorzunehmen. Bezieher hoher Einkommen würden weitaus stärker entlastet als solche mit kleinen und mittleren Einkommen. Die übermäßige Entlastung ersterer flösse wegen deren größerer Sparquote nicht in zusätzliche Nachfrage, sondern in weitere Geld- und Vermögensanlagen. Die Rahmenbedingungen für Investitionen würden nicht entscheidend verbessert. Ein großer Teil der

wirtschaftsbezogenen Steuerentlastung käme den Unternehmen zugute, unabhängig davon, ob der Gewinn im Unternehmen verbleibe und für arbeitsplatzschaffende Investitionen eingesetzt würde oder ob der Gewinn entnommen würde.

Nach Auffassung der Gruppe der PDS sei die Absicht der Bundesregierung nicht zu akzeptieren, das mit der Steuerreform verbleibende Deckungsdefizit durch verstärkte Sparauflagen für Bund, Länder und Gemeinden kompensieren zu wollen. Auch lehne die Gruppe der PDS das Regierungsvorhaben ab, die durch Senkung des Spitzensteuersatzes vergrößerten

Haushaltslöcher durch massiven Verkauf von Bundesvermögen schließen zu wollen.

Der Haushaltsausschuß hielt die Gesetzentwürfe mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS für mit der Haushaltslage des Bundes vereinbar.

Die Finanzplanung des Bundes für die Folgejahre ist entsprechend fortzuschreiben.

Dieser Bericht beruht auf der vom federführenden Finanzausschuß vorgelegten Beschlußempfehlung.

Bonn, den 25. Juni 1997

Der Haushaltsausschuß

Helmut Wieczorek (Duisburg)

Vorsitzender

Karl Diller

Berichterstatter

Oswald Metzger

Berichterstatter

Peter Jacoby

Berichterstatter

Dr. Wolfgang Weng (Gerlingen)

Berichterstatter

